



**Zulassung des vorzeitigen Baubeginns
gem. § 44c EnWG**

in dem Planfeststellungsverfahren

für den Neubau der
380-110-kV-Leitung Abschnitt Raum Lübeck – Siems
LH-13-330/LH-13-183

AfPE L-667-PFV 380-kV-Ltg Lübeck - UW Siems

Kiel, den 12.01.2024

Inhaltsverzeichnis

A. Verfügender Teil	4
I. Gestattete Maßnahmen	4
1. Ausholungsarbeiten Knicks	4
a) Vorzeitiges Knicken	4
b) Anschließende Knickverlegung	4
2. Fällen von Überhängen	4
3. Gehölzeingriffe im Übrigen	5
4. Vergrämuungsmaßnahmen	5
5. Schutzzäune allgemein	6
6. Schutzmaßnahmen für die Zauneidechse	6
II. Inhalts- und Nebenbestimmungen	8
1. Allgemeine Nebenbestimmungen zum Baubeginn	8
2. Nebenbestimmungen zur Umweltbaubegleitung	9
3. Nebenbestimmungen zu Rodungen und Beeinträchtigungen von Gehölzen nach Maßgabe von A. I. 1., 2. und 3	10
4. Nebenbestimmungen zum Artenschutzrecht	11
5. Nebenbestimmung zu Boden und Wasser	12
III. Kostenentscheidung	13
IV. Hinweise	13
B. Gründe	14
I. Sachverhalt	14
II. Rechtliche Würdigung	17
1. Voraussetzungen für die Zulassung des vorzeitigen Baubeginns gemäß § 44c EnWG	17
a) Anhängiges Planfeststellungsverfahren und Zuständigkeit der Planfeststellungsbehörde	18
b) Positive Prognose der Planfeststellungsfähigkeit	18
aa) Mit dem Bescheid vorläufig zugelassene Maßnahmen	19
bb) Erlassfähigkeit des Planfeststellungsbeschlusses auch im Übrigen	25
c) Berechtigtes oder öffentliches Interesse an der Zulassung des vorzeitigen Baubeginns	35
aa) Berechtigtes und öffentliches Interesse für die beiden Vorhaben (allgemein)	35
bb) Dringlichkeit der jeweiligen einzelnen Maßnahmen	36
d) Reversibilität der Maßnahmen	37
aa) Ausholungen	38

bb) Maßnahmen zum Schutz der Zauneidechsen	41
cc) Übrige zugelassene Maßnahmen	41
e) Verpflichtung der Vorhabenträgerinnen	41
2. Begründung der Kostenentscheidung	42
C. Rechtsbehelfsbelehrung	43

A. Verfügender Teil

I. Gestattete Maßnahmen

Gemäß § 44c des Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)¹ wird im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens für den Neubau der 380-kV-Leitung Raum Lübeck – Siems und der 110-kV-Leitungen dort LH-13-330/LH-13-183 zugelassen, dass bereits vor Feststellung des Plans mit den im Folgenden aufgeführten beantragten Maßnahmen begonnen werden darf.

Abweichungen der Zulassung von dem Antragsumfang (Teilablehnung) sind durch Fettdruck hervorgehoben.

1. Ausholungsarbeiten Knicks

a) Vorzeitiges Knicken

Ausgeführt werden darf dies wie beantragt auf den Flurstücken Offendorf Flur 0, Flurstücke 76/1, 77/3, 80/1, 80/2, 81, 82 und 84 sowie Sereetz Flur 0, Flurstücke 37 (vgl. Übersichtsplan im Anhang 1 und Tabelle mit den betroffenen Flurstücken in Anhang 2).

b) Anschließende Knickverlegung

Ausgeführt werden darf diese wie beantragt auf den Flurstücken Offendorf Flur 0, Flurstücke 76/1, 80/2, 81, 82 und 84 sowie beim Rückbaumast Nr. 12 auf den Flurstücken 77/3 und 80/1.

Bezüglich der weiteren Einzelheiten der Behandlung wird auf das LBP-Maßnahmenblatt V6 (Anlage 08.01.02 i.d.F. 1. Planänderung v. 01.06.2023) verwiesen, dessen Vorgaben auch für die vorzeitig ausgeführten Verlegungsmaßnahmen gelten.

2. Fällen von Überhängern

Gefällt werden dürfen antragsgemäß im Bereich der Knickverlegungen auf dem Flurstück Offendorf Flur 0, Flurstück 82 im Bereich des Provisoriums ein kompensationspflichtiges und ein nicht-kompensationspflichtiges Exemplar sowie drei Exemplare im Bereich des dortigen Provisoriums auf der Arbeitsfläche für den Mast Nr. 9/ 9N.

¹ Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung vom 7. Juli 2005 (BGBl. I S. 1970, 3621), zuletzt geändert durch Art. 2 Haushaltsfinanzierungsg 2023 vom 22.12.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 406).

3. Gehölzeingriffe im Übrigen

Um den rechtzeitigen Bau des Provisoriums zu ermöglichen, dürfen antragsgemäß weiter folgende Biotoptypen entfernt werden:

1. sonstige Feldgehölze Nebencode zur Ruderalen Grasflur (RHg) auf der Arbeitsfläche und Zuwegung zu Mast Nr. 7 (LH 13-115) und Hauptcode (HGY) im Bereich des Provisoriums an Rückbaumast Nr. 12 (LH 13-114) sowie auf der nördlichsten Arbeitsfläche für das Provisorium in der Gemarkung Offendorf, Flur 0, Flurstücke 76/1, 77/3 und 82
2. sonstiges Gebüsch (HBy) auf der Arbeitsfläche bei Mast Nr. 6/6N (LH 13-115) und entlang der Zuwegung zu Mast Nr. 7
3. Knicks im Wald und am Waldrand (HWw) auf der Arbeitsfläche bei Mast Nr. 6/6N und kleinflächig im Einfahrtstrichter zur Zuwegung zu Mast Nr. 5 (LH-13-152), an der Einfahrt zu ersterem zwei Eichen mit Umfängen von 1,55 m und 1,66 m
4. Pionierwald mit Zitter-Pappel/Hänge-Birke (WPb) auf der Arbeitsfläche bei Mast Nr. 6/6N und 5, hier kleinflächig Laubwald (WPb, vier größere Bäume, Eiche mit Umfang von 1,60 m, Feldahorn mit Umfang von 1,65 m, Weide mit Umfang von 1,95 m, Kiefer mit Umfang von 1,90 m)
5. sonstiger Pionierwald (WPy) randlich entlang der Zuwegung zu Mast Nr. 7
6. Pionierwald mit Weiden (WPw) an der Zuwegung zu Mast Nr. 7 sowie im Schutzstreifen zwischen Mast Nr. 6 und Mast Nr. 7
7. Randlich Nadelholzforst (WFn) bei der Arbeitsfläche Mast Nr. 6/6N und Mast Nr. 5 sowie der Zuwegung zu letzterem (hier vier Fichten mit Umfängen von 2,20 bis 2,40 m)
8. sonstiger Laubwald auf reichen Böden (WMy) unterhalb des Bestandsstreifens der Leitung LH 13-115 Masten Nr. 7-8 sowie unterhalb des Schutzstreifens zwischen den Masten Nr. 6-7.
- 9. Die zu fällenden Bäume mit einem Stammumfang zwischen 1,6 m und 1,95 m an der Arbeitsfläche Mast Nr. 5 (1 Eiche, 1 Feldahorn, 1 Weide, 1 Kiefer) und an der Zuwegung Mast Nr. 6/6N (2 Eichen) sind nach der Fällung als Totholz im Nahbereich zu belassen.**

Die Flurstücke zu 2.) bis 8.) in den Gemarkungen Sereetz und Siems sind in der Liste des Anhangs 2 aufgeführt, auf die ergänzend verwiesen wird.

4. Vergrämnungsmaßnahmen

Zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Konflikte mit bodenbrütenden Vogelarten des Offenlandes dürfen die entsprechend beantragten Vergrämnungsmaßnahmen

auf den Flurstücken Gemarkung Offendorf, Flur 0, Flurstücke 76/1, 80/1, 82 und 84 durchgeführt werden. Diese sollen vom 01.03.2024 an funktionstüchtig sein.

Diese bewirken, dass ab dem 01.03.2024 die Flächen nicht zur Brut genutzt werden und damit für die Baustelleneinrichtung nach Erlass des Planfeststellungsbeschlusses zur Verfügung stehen.

Im Zuge der Vergrämung auf Acker- und Intensivgrünlandstandorten sind im Bereich der Baufelder und der Zufahrten vor Beginn der Brutzeit sog. Flatterbänder (rot-weiße Kunststoffbänder) mit einer Mindestlänge von 1 m an mindestens 1,5 m hohen Holzpflöcken oder -stangen anzubringen. Holzpflöcke oder -stangen sind in einem Abstand von max. 10 m zueinander auf der gesamten Fläche zu positionieren, wobei jeweils Pflöcke oder Stangen auf den Grenzen der Baufelder und Zufahrten aufzustellen sind.

Sind nach Beginn der Bauausführung baubedingte Unterbrechungen von mehr als 5 Tagen abzusehen, sind die Vergrämungsmaßnahmen (Installation Flatterbänder oder Grubbern) wieder aufzunehmen.

Mit dem Einsetzen und während der kontinuierlichen Bautätigkeit brauchen Vergrämungsmaßnahmen nicht mehr durchgeführt zu werden.

Für weitere Einzelheiten der Ausführung wird auf das LBP-Maßnahmenblatt VAR4 der Planfeststellungsunterlagen, Anl. 08.02.01 i.d.F. 1. Planänderung v. 01.06.2023, verwiesen.

5. Schutzzäune allgemein

Zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Konflikte in Bezug auf Amphibien im Bereich des Mastes Nr. 9N (LH-13-115) und bei der Anbindung des Freileitungsprovisoriums an die Bestandsleitung Masten Nr. 11 und 12 (LH-13-117 und LH-13-114) dürfen überkletterungssichere Schutzzäune errichtet werden. Diese sollen vom 01.03.2024 an funktionstüchtig sein.

Weitere Einzelheiten der Ausführung werden in der Begründung dieses Bescheids, Kap. B II. 1. b) aa) (5) aufgeführt.

Die für die Behandlung der Zauneidechsen notwendigen Schutzzäune werden nachfolgend noch gesondert gestattet.

6. Schutzmaßnahmen für die Zauneidechse

1. Zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Konflikte dürfen die Tiere schon vor Baubeginn fachgerecht abgefangen und umgesetzt werden. Das beantragte vorzeitige Abfangen betrifft folgende Aufenthaltsbereiche:

Arbeitsfläche des Provisoriums Gemarkung Offendorf, Flur 0, Flurstücke 76/1 und 82; Zuwegungen zu den Rückbaumasten Nr. 8/9 (LH13-117/LH 13-114) und der Arbeitsfläche zu Mast Nr. 7 (LH13-115); Arbeitsfläche bei den Masten Nr. 6/6N (LH 13-115) und bei Mast Nr. 5 (LH 13-152) sowie westlich angrenzend

bei Neubaumast Nr. 33; die an den Neubaumasten Nr. 35 bis einschließlich Nr. 37 und der im Umfeld des Umspannwerks (UW) Siemens stehenden Rückbaumasten Nr. 002 (LH 13-152), 2 (LH 13-117 u. 13-114), 1A und 1B (LH 13-114), 1 (LH 13-117) und 001 (LH 13-152) sowie auf der bestehenden Ausgleichsfläche östlich des UW Siemens.

2. Dafür dürfen Ausgleichs- und Ausweichflächen für geeignete Ersatzhabitate hergestellt und genutzt werden; dies betrifft, wie beantragt, die Flächen östlich des UW Siemens sowie unterhalb der Überspannungsbereiche der Bestandstrassen nördlich und südlich des Neubaumastes Nr. 33. Es handelt sich dabei um die Flurstücke Gemarkung Siemens Flur 3, Flurstücke 9/4 und 10/1, sowie Flur 4, Flurstücke 114 und 117.

Die beschriebenen Bereiche sind – gegliedert nach Gemarkung, Flurstücken und Eigentümernummern – im Einzelnen in der Liste der vom vorzeitigen Baubeginn betroffenen Flurstücke in Anhang 2 aufgeführt, auf die ergänzend verwiesen wird. Verwiesen wird weiter auf Anhang 3, in der u.a. das fachgerechte Abfangen und Umsetzen der Tiere detailliert beschrieben wird. Diese Methoden werden zum Inhalt auch der Gestattung erklärt.

3a. Zum Abfangen und zur Verhinderung einer Rückwanderung der Tiere dürfen ferner die beantragten Schutz- bzw. Sperrzäune errichtet werden. Diese müssen bis zum Abschluss der Bauarbeiten an der jeweiligen Stelle stehenbleiben und hinsichtlich ihrer Funktion gewartet werden. Die Bereiche entsprechen den oben genannten Abfangbereichen.

3b. Soweit die Vorhabenträgerinnen eine kurzfristigere Entfernung der Schutzzäune für den Fall eines ein- bis zweijährigen Hinausschiebens der Bauarbeiten an der jeweiligen Stelle beantragt haben, kann dem nicht entsprochen werden. Insoweit wird der Antrag abgelehnt.

Für weitere Details zu 1. – 3. wird auf die LBP- Maßnahmenblätter VAr12 (Vermeidungsmaßnahme Zauneidechse) und AAr1 (Entwicklung von Ausgleichsflächen für die Zauneidechse) der Anlage 08.02.01 i.d.F. der 2. Planänderung v. 07.11.2023 verwiesen, die Grundlage auch des vorzeitigen Baubeginns sind.

4. Soweit in dem schriftlichen Antrag noch die ringförmige Zufahrt zu der Baustelleneinrichtungsfläche des Mastes Nr. 10 in der Gemeinde Ratekau enthalten ist, die laut vorgelegter landespflegerischer Ausführungsplanung nicht mehr benutzt werden soll, wird der Antrag auch insoweit abgelehnt. Diese Zufahrt ist nicht herzustellen oder zu benutzen.

II. Inhalts- und Nebenbestimmungen

Die Zulassung des vorzeitigen Baubeginns ergeht unter den folgenden Nebenbestimmungen:

1. Allgemeine Nebenbestimmungen zum Baubeginn

1.1. Das Vorhaben ist nach Maßgabe der eingereichten Antragsunterlagen auszuführen, soweit sich aus dieser Zulassung keine Änderungen oder Ergänzungen ergeben.

1.2. Beginn und Ende der hiermit zugelassenen Arbeiten sind der Planfeststellungsbehörde schriftlich anzuzeigen.

1.3. Die im landespflegerischen Begleitplan im Einzelnen enthaltenen Festlegungen der Maßnahmenblätter zu den Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen V1, V2, V3, V4, V5, V6, V9, V12, VAr2, VAr5, VAr4, VAr6, VAr11, VAr12 und AAr1 (Anlage 08.01.02 i.d.F. der 1. Planänderung v. 01.06.2023: Maßnahmen V1, V2, V3, V4, V5, V6, V12 und V9 und VAr2, VAr5, VAr4, VAr6 und VAr11; Anlage 08.01.02 i.d.F. der 2. Planänderung v. 07.11.2023: Maßnahmen VAr12 und AAr1) sind umzusetzen und einzuhalten, sofern in dieser Zulassung nichts Weiteres bestimmt ist. Insbesondere sind die auf die zugelassenen Arbeiten zutreffenden Maßnahmen des Umwelt-, Arten- und Bodenschutzes zu beachten.

1.4. Die aufgeführten Maßnahmen des landespflegerischen Begleitplans zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Konflikte sind zwingend einzuhalten. Sofern nichts anderes bestimmt ist, ist eine Abweichung nicht zulässig.

1.5. Es ist eine landespflegerische Ausführungsplanung (LAP) für die vorzeitig zugelassenen Teilmaßnahmen zu erstellen. Diese ist vor Eingriffsbeginn unaufgefordert beim AfPE, den zuständigen unteren Naturschutzbehörden und der obersten Naturschutzbehörde vorzulegen.

1.6. Sofern es nicht zur Umsetzung des Vorhabens kommt, ist neben der gleichartigen Wiederherstellung der Biotope eine Kompensation der temporären Eingriffe in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild erforderlich. Dabei ist die Bilanzierungsmethodik und das Kompensationskonzept der Planunterlagen heranzuziehen und der Planfeststellungsbehörde binnen eines Jahres nach endgültiger Aufgabe des Vorhabens eine Bilanzierungsunterlage vorzulegen anhand derer die Kompensation der temporären Eingriffe festgestellt werden kann.

1.7. Nach Beendigung der Gesamtbaumaßnahme ist innerhalb eines Jahres eine Nachbilanzierung durchzuführen, bei der gegenüber dem zugelassenen Vorhaben die zusätzlichen und nicht vorhersehbaren Eingriffe ermittelt werden. Sofern die Ermittlung der tatsächlich durchgeführten Eingriffe eine veränderte Eingriffsbilanz ergibt, ist dies in einer Bilanzierung, einschließlich der ggf. erforderlichen Kompensationsmaßnahmen, entsprechend darzulegen. Die Nachbilanzierung ist dem AfPE als Bericht oder als Deckblatt vorzulegen.

1.8. Die zu fällenden Bäume mit einem Stammumfang zwischen 1,6 m und 1,95 m an der Arbeitsfläche Mast Nr. 5 (1 Eiche, 1 Feldahorn, 1 Weide, 1 Kiefer) und an der Zuwegung Mast Nr. 6/6N (2 Eichen) sind nach der Fällung als Totholz im Nahbereich zu belassen (vgl. A. I. 3. Nr. 9). Die Maßnahme ist in der landespflegerischen Ausführungsplanung zu beschreiben und durch die Umweltbaubegleitung entsprechend zu begleiten.

2. Nebenbestimmungen zur Umweltbaubegleitung

2.1. Die Überwachung der umweltbezogenen Bestimmungen dieser Zulassung ist gemäß § 43i Abs. 1 und 2 EnWG durch die Vorhabenträgerin zu leisten. Für die gesamte vorgezogene Baumaßnahme ist unabhängiges qualifiziertes Fachpersonal für die Aufgaben der Umweltbaubegleitung (Personen mit entsprechenden Kenntnissen im allgemeinen Umweltschutz, Bodenschutz und Artenschutz) vorzusehen, welche die im Landschaftspflegerischen Begleitplan (LBP) aufgeführten und vorliegend betroffenen Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahmen fachgerecht regelmäßig und angemessen hinsichtlich ihrer Funktion kontrolliert, überwacht und dokumentiert. Die Berichte der UBB sind der Planfeststellungsbehörde sowie der Obersten und Oberen sowie der jeweils Unteren Naturschutzbehörde und – soweit die Berichte Flächen der Gemeinde Ratekau betreffen – der Umweltschutzbehörde der Gemeinde Ratekau mindestens alle 14 Tage vorzulegen.

2.2. Der Planfeststellungsbehörde, der Obersten und Oberen sowie den zuständigen Unteren Naturschutzbehörden und der Umweltschutzbehörde der Gemeinde Ratekau sind frühestmöglich und vor Baubeginn die Personen der Umweltbaubegleitung als Ansprechpartner zu benennen. Ein Nachweis über die Qualifikation der Umweltbaubegleitung sowie über die fachliche Qualifikation der Personen, die für die Umsetzung von artenschutzrechtlichen oder bodenkundlichen Maßnahmen zuständig sind, ist allen o. g. Stellen ebenfalls vor Beginn der Rodungsarbeiten vorzulegen.

2.3. Sofern erforderlich und generell bei den nicht standardisierten artenschutzrechtlichen Vermeidungsmaßnahmen hat die Umweltbaubegleitung jeweilige Experten für die relevante Tiergruppe hinzuzuziehen.

2.4. Für einen fachübergreifenden Abstimmungsprozess sind zwischen Umweltbaubegleitung und Projektleitung sowie von den Vorhabenträgerinnen eingesetzten Dienstleistern jeweils Anlaufgespräche vorab sowie regelmäßige weitere Projektgespräche während der Gehölzarbeiten vorzusehen. Hierüber sind Protokolle zu fertigen und dem AfPE und der Umweltschutzabteilung der Gemeinde Ratekau regelmäßig im Rahmen der Übergabe der UBB-Berichte vorzulegen.

3. Nebenbestimmungen zu Rodungen und Beeinträchtigungen von Gehölzen nach Maßgabe von A. I. 1., 2. und 3

3.1. Die Rodungsmaßnahmen sind durch eine Umweltbaubegleitung, welche die in den Planunterlagen (Anlage 08.01.02, Maßnahme V1 i.d.F. der 1. Planänderung v. 01.06.2023) aufgeführten Voraussetzungen erfüllt, zu überwachen, zu dokumentieren und zu begleiten.

3.2. Es ist eine Dokumentation über die Gehölzfällungen/Rodungen zu erstellen und den jeweils zuständigen unteren Naturschutzbehörden, der obersten Naturschutzbehörde und dem AfPE jeweils wöchentlich ab dem Beginn des Gehölzeinschlages zu übermitteln, sofern nichts Weiteres bestimmt wird.

3.3. Vor Gehölzrodungen, Baumfällungen, vorzeitigem Knicken und Knickverschiebungen sind die betroffenen Gehölzbereiche eindeutig zu identifizieren und zu kennzeichnen. Die UBB entscheidet vorab über die Hinzuziehung von entsprechend geschultem artenschutzrechtlichen Personal.

3.4. Die entnommenen Gehölze sind jeweils zeitnah (i.d.R. innerhalb weniger Tage) zu entfernen.

3.5. Rodungen, Gehölzeingriffe, vorzeitiges Knicken und Knickverschiebungen sind nur entsprechend dem in dieser Zulassung aufgeführten Umfang zulässig, jedoch weiterhin sofern baubedingt möglich, zu reduzieren. So sind die Eingriffe in Gehölze, Knicks oder Überhälter zunächst zu vermeiden, sofern erkennbar wird, dass die Rodung hinsichtlich des Bauablaufes auch zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen kann.

3.6. Die zu verschiebenden Knickkörper sind fachgerecht und ortsnahe, demnach im jeweiligen Bauort, zu lagern. Dabei ist das Maßnahmenblatt V6 (Anlage 08.01.02 i.d.F. der 1. Planänderung v. 01.06.2023) zu beachten. Die Rückversetzungen der Knicks haben fachgerecht und zeitnah zu erfolgen. Dies ist durch die UBB zu überwachen und zu dokumentieren.

4. Nebenbestimmungen zum Artenschutzrecht

4.1. Die in den Maßnahmenblättern zu den Maßnahmen VAr2, VAr5, VAr4, VAr6 und VAr11 (Anlage 08.01.02 i.d.F. der 1. Planänderung v. 01.06.2023) und Maßnahme VAr12 (Anlage 08.01.02 i.d.F. der 2. Planänderung v. 07.11.2023) und Maßnahmenkarten (Anlage 08.02) aufgeführten Schutz- und Vermeidungsmaßnahmen betreffend alle dort genannten Schutzgüter sind umzusetzen, sofern die Umsetzung Gegenstand des vorliegenden Bescheides ist. Gleiches gilt für die Ausgleichsmaßnahmen AAr1 (Anlage 08.01.02 i.d.F. der 2. Planänderung v. 07.11.2023).

4.2. Um keine artenschutzrechtlichen Konflikte mit im Boden und Wurzelraum überwinternden Amphibien und Zauneidechsen auszulösen, ist der Rückschnitt der Gehölze schonend durchzuführen, das heißt entsprechend der Maßnahmenblätter VAr5 und VAr12 darf der Wurzelraum einschließlich eines 1 m breiten Schutzstreifens nicht befahren werden. Für den Mastbereich Nr. 5 (LH-13-152), Nr. 6N und Nr. 7 (LH-13-115) gilt dieses Befahrungsverbot für die gesamte Arbeitsfläche.

4.3. Bodenarbeiten, wie das Entfernen der Stubben oder das Umsetzen des Knickwalls, sind entsprechend des Maßnahmenblattes VAr5 (Anlage 08.01.02 i.d.F. der 1. Planänderung v. 01.06.2023) erst nach Abschluss der Überwinterung der Amphibien sowie nach dem Aufstellen der Schutzzäune durchzuführen.

4.4. Das Verlegen des Knickwalls ist erst nach der Überwinterung der Zauneidechsen unter Berücksichtigung des Aufstellens von Schutzzäunen und des Abfangens der Zauneidechse nach Maßgabe des Maßnahmenblattes VAr12 (Anlage 08.01.02 i.d.F. der 2. Planänderung v. 07.11.2023) durchzuführen.

4.5. Durch die Knickabschnitte entstandenes Schnittgut ist entsprechend den Maßgaben der Maßnahmenblätter VAr2 und VAr12 zeitnah abzutransportieren.

4.6. Sofern Gehölze mit potenziellen Fledermausquartieren mit Tagesversteckung von Rodung betroffen werden, gelten die Bauverbotszeiten vom 1. Dezember bis 29. Februar nach Maßgabe des Maßnahmenblattes VAr6 i.d.F. der 1. Planänderung v. 01.06.2023 (Anlage 08.01.02).

4.7. Die Vergrämnungsmaßnahmen sind entsprechend dem Maßnahmenblatt VAr4 durchzuführen.

4.8. Die im Bereich von Mast Nr. 9N und bei der Anbindung des Freileitungsprovisoriums an die Bestandsleitung Masten Nr. 11 und 12 (LH-13-117 und LH 13-114) zu errichtenden Schutzzäune zum Schutz Amphibien sind entsprechend des Maßnahmenblattes VAr5 i.d.F. der 1. Planänderung v. 01.06.2023 (Anlage 08.01.02) so zu errichten, dass sie bis zum 01.03.2024 funktionstüchtig sind.

4.9. Die zu errichtenden Schutzzäune zum Schutz von Zauneidechsen sind entsprechend der Maßnahmenblätter V3 i.d.F. der 1. Planänderung v. 01.06.2023 (Anlage 08.01.02) und VAr12 i.d.F. der 2. Planänderung v. 07.11.2023 (Anlage 08.01.02) so zu errichten, dass sie bis zum 01.03.2024 funktionstüchtig sind.

4.10. Zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Konflikte mit bodenbrütenden Arten des Offenlands sind – falls notwendig – geeignete Maßnahmen der Vergrämung (Anlage 08.01.02, Maßnahmenblatt VAr2, VAr4, VAr11 der Planunterlagen) ab dem 01.03. eines jeden Jahres durchzuführen.

4.11. Werden wider Erwarten Vogelbruten festgestellt, hat die Umweltbaubegleitung in Abstimmung mit der Bauleitung und der oberen Naturschutzbehörde zu entscheiden, wie weiter zu verfahren ist. Dies ist durch die UBB zu dokumentieren. Das AfPE ist hierüber unmittelbar in Kenntnis zu setzen.

4.12. Sollten im Bauablauf zusätzlich relevante Artvorkommen (auch Arten, welche nicht in Anhang IV der FFH RL gelistet sind) festgestellt werden, sind entsprechende Schutzvorrichtungen zu installieren bzw. Maßnahmen zu ergreifen.

5. Nebenbestimmung zu Boden und Wasser

Zur Vermeidung von Beeinträchtigungen des Schutzgutes Boden ist das Maßnahmenblatt V4 i.d.F. der 1. Planänderung v. 01.06.2023 (Anlage 08.01.02) der Planunterlagen zu beachten. Grundsätzlich ist der „Leitfaden Bodenschutz auf Linienbaustellen“ (LLUR 2020) zu beachten, sofern nichts Anderes geregelt ist.

III. Kostenentscheidung

Diese Entscheidung ergeht gebührenfrei. Angefallene Auslagen sind von den Vorhabenträgerinnen zu tragen und werden ggf. mit gesondertem Bescheid gelten gemacht.

IV. Hinweise

1. Die Zulassung des vorzeitigen Baubeginns erfolgt nach § 44c Abs. 1 S. 5 EnWG unter dem Vorbehalt des Widerrufs.
2. Als eine vorgezogene Entscheidung im Rahmen der Planfeststellung hat die Zulassung des vorzeitigen Baubeginns nach § 44c EnWG für die zugelassenen Teilmaßnahmen dieselbe Konzentrationswirkung wie ein Planfeststellungsbeschluss. Dies bedeutet, dass mit ihr über die Zulässigkeit der Umsetzung der Teilmaßnahmen im Hinblick auf alle davon berührten öffentlichen Belange vorläufig entschieden wird (§ 44c Abs. 1 S. 1 EnWG i. V. m. § 142 Abs. 1 S. 1 LVwG analog). Neben der Zulassung des vorzeitigen Baubeginns sind damit andere behördliche Entscheidungen, insbesondere öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Verleihungen, Erlaubnisse, Bewilligungen und Zustimmungen für diese Teilmaßnahmen grundsätzlich nicht erforderlich (§ 142 Abs. 1 S. 1 Hs. 2 LVwG).

B. Gründe

I. Sachverhalt

Die TenneT TSO GmbH und die Schleswig-Holstein Netz AG (Vorhabenträgerinnen) haben mit Schreiben vom 16.03.2022 gemäß § 43 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 EnWG die Errichtung und den Betrieb der Ostküstenleitung, 2. Abschnitt, von Lübeck bis Siems beim MEKUN – Amt für Planfeststellung Energie – (AfPE) in Kiel beantragt und die Planunterlagen in digitaler Form übersandt. Gegenstand des Planfeststellungsverfahrens ist im Wesentlichen die Errichtung und der Betrieb der 380-kV-Leitung zwischen dem neu zu errichtenden 380-kV-Umspannwerk (UW) Raum Lübeck und dem bestehenden UW Siems, die Mitführung von zwei 110-kV-Systemen auf dem neu zu errichtenden 380-/110-kV-Mischgestänge im Bereich der Masten Nr. 2 bis 36 vom UW Raum Lübeck bis zum UW Siems sowie der Rückbau der 110-kV-Leitungen LH-13-114 (Lübeck-Siems) und LH-13-117 (UW Schwartau/West-Siems), die Errichtung und der Betrieb von mehreren 110-kV-Provisorien sowie die dauerhafte Außerbetriebnahme der bestehenden 220-Erdkabelverbindung zwischen dem UW Lübeck und UW Siems (LH-13-215) (s. zum genauen Antragsgegenstand den Erläuterungsbericht unter Kap. 2.2.2 der Planunterlagen, 1. Planänderung v. 01.06.2023). Die Errichtung und der Betrieb der 380-kV-Leitung und die Maßnahmen auf der 110-kV-Ebene sind zwei selbstständige Vorhaben, die jeweils nach § 43 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 EnWG planfeststellungsbedürftig sind. Da für diese Vorhaben aufgrund der Verwendung von Mischgestängen nur eine einheitliche Entscheidung möglich ist, findet gem. § 43 Abs. 5 EnWG i.V.m. § 145 LVwG lediglich ein Planfeststellungsverfahren statt (weitere Ausführungen unter Erläuterungsbericht, Kap. 4.2).

Die beiden Vorhaben stellen insgesamt betrachtet ein linienförmiges Infrastrukturvorhaben i.S.d. Art. 3 Abs. 1 der Verordnung (EU) 2022/2577 des Rates vom 22. Dezember 2022 dar (VO zur Festlegung eines Rahmens für einen beschleunigten Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien – sog. EU-Notfall-VO –).

Das 380-kV-Vorhaben der TenneT TSO GmbH fällt des Weiteren unter den Anwendungsbereich des Bundesbedarfsplangesetzes (BBPlG). Denn das Vorhaben „Höchstspannungsleitung Kreis Segeberg – Lübeck – Siems mit Abzweig Ratekau – Göhl; Drehstrom Nennspannung 380 kV“ ist in der Nr. 42 der Anlage 1 zu § 1 Abs. 1 BBPlG aufgeführt. Der Gesetzgeber hat für das Vorhaben den vordringlichen Bedarf zur Gewährleistung eines sicheren und zuverlässigen Netzbetriebes festgestellt (s. § 1 Abs. 1 S. 1 BBPlG).

Auch für die Maßnahmen auf der 110-kV-Ebene der Schleswig-Holstein Netz AG wird eine Planrechtfertigung gesehen. Die 110-kV-Leitungen (LH-13-114 und LH-13-117) sind als Bestandteil des regionalen Verteilnetzes für die großflächige Verteilung von Strom in Schleswig-Holstein und für die Ableitung von Elektrizität

in das Übertragungsnetz zur Versorgung anderer Regionen Deutschlands erforderlich. Damit auch in Zukunft eine sichere Elektrizitätsversorgung gewährleistet ist, müssen diese Leitungen erneuert werden.

Um den Zielsetzungen des Netzausbaus, niedergelegt in den jeweiligen Netzentwicklungsplänen Strom (derzeit NEP 2035, zusammengestellt 2021 und bestätigt durch die Bundesnetzagentur am 14. Januar 2022) gerecht zu werden und eine Inbetriebnahme bis Anfang 2026 gewährleisten zu können, sehen die Vorhabenträgerinnen vor, den Bau der Ostküstenleitung, 2. Abschnitt, bis Dezember 2025 abgeschlossen zu haben. Der Erlass des Planfeststellungsbeschlusses des AfPE ist derzeit im 2. Quartal 2024 vorgesehen.

Bislang sind im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens folgende Verfahrensschritte erfolgt:

Am 06.05.2022 wurden die Planunterlagen den Auslegungsgemeinden übersandt. Insgesamt 57 Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch das Vorhaben berührt werden, wurden am 09.05.2022 aufgefordert, bis zum 20.06.2022 zu dem Vorhaben Stellung zu nehmen. Vier Träger öffentlicher Belange wurden aufgrund von Hinweisen anderer Träger öffentlicher Belange nachbeteiligt. Die Planunterlagen wurden den Trägern öffentlicher Belange elektronisch über das Internetportal BOB-SH zur Verfügung gestellt.

Die Auslegung der Planunterlagen wie auch die Möglichkeit der elektronischen Einsichtnahme in die Planunterlagen wurde in den betroffenen Gemeinden unter Angabe der auszulegenden Unterlagen vorab ortsüblich bekannt gemacht und vom AfPE am 21.04.2022 online gestellt. Die Veröffentlichung der Bekanntmachung erfolgte seitens des AfPE über die Homepage des AfPE (www.schleswig-holstein.de/afpe) sowie über das Internetportal BOB-SH).

Im Anschluss an die Bekanntmachung wurden die Planunterlagen im Zeitraum vom 17.05.2022 bis einschließlich zum 16.06.2022 im Internet zur allgemeinen Einsichtnahme veröffentlicht. Darüber hinaus lagen die Unterlagen in diesem Zeitraum in den Gemeinden Stockelsdorf und Ratekau sowie der Hansestadt Lübeck und Stadt Bad Schwartau als zusätzliches Informationsangebot aus.

Einwendungen waren schriftlich oder zur Niederschrift (ggf. nach vorheriger telefonischer Terminabsprache) bei den Auslegungsstellen oder beim AfPE als zuständige Planfeststellungsbehörde bis zum 18.07.2022 einzureichen. Ferner war es möglich seine Einwendung durch alle Übermittlungswege zu erheben, welche förmlich die Schriftform ersetzen.

Insgesamt gingen 66 Stellungnahmen von Trägern öffentlicher Belange ein. 44 natürliche oder juristische Personen bzw. Vereinigungen haben sich zu eigenen Belangen oder zu Belangen von durch sie Vertretenen geäußert. Acht der insgesamt 44 eingegangenen Einwendungen sind allerdings verfristet eingegangen bzw. waren ungültig.

Nach ordnungsgemäßer ortsüblicher Bekanntmachung des Erörterungstermins und Benachrichtigung der Behörden, der Vorhabenträgerinnen und derjenigen, die Einwendungen erhoben oder Stellungnahmen abgegeben haben über diesen, fand der Erörterungstermin am 18.01.2023 in der Hansestadt Lübeck statt. Es wurden die rechtzeitig erhobenen Einwendungen und abgegebenen Stellungnahmen erörtert. Daneben fanden Einzelerörterungstermine mit in Grundstücksrechten betroffenen Einwendern statt (am 27.03.2023).

Im Anschluss an die Erörterungstermine teilten die Vorhabenträgerinnen dem AfPE mit, dass sie aufgrund neu gewonnener Erkenntnisse unter anderem aufgrund der eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen und des durchgeführten Erörterungstermins eine 1. Planänderung der planfestzustellenden Unterlagen durchführen werden. Die vollständigen Planänderungsunterlagen haben die Vorhabenträgerinnen am 18.07.2023 beim AfPE eingereicht.

Insgesamt 67 Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch das Vorhaben berührt werden, wurden am 01.08.2023 aufgefordert, bis zum 14.09.2023 zu den Planänderungsunterlagen Stellung zu nehmen. Ihnen wurden die Planunterlagen elektronisch über das Internetportal BOB-SH zur Verfügung gestellt.

Nach ordnungsgemäßer und ortsüblicher Bekanntmachung am 18.07.2023 lagen die Planänderungsunterlagen vom 15.08.2023 bis zum 14.09.2023 in den betroffenen Gemeinden Stockelsdorf und Ratekau sowie der Hansestadt Lübeck und der Stadt Bad Schwartau zu den allgemeinen Dienstzeiten aus. Als zusätzliches Informationsangebot stellte das AfPE die Planänderungsunterlagen auf seiner Homepage zur Einsichtnahme bereit (www.schleswig-holstein.de/afpe).

Einwendungen waren schriftlich oder zur Niederschrift bei den Auslegungsstellen oder beim AfPE als zuständige Planfeststellungsbehörde bis zum 16.10.2023 einzureichen. Ferner war es möglich seine Einwendung durch alle Übermittlungswege zu erheben, welche förmlich die Schriftform ersetzen. Daneben war die Abgabe einer Einwendung oder einer Stellungnahme für Vereinigungen, die auf Grund einer Anerkennung nach anderen Rechtsvorschriften befugt sind, Rechtsbehelfe nach VwGO gegen die Entscheidung nach § 141 LVwG SH einzulegen, auch über den Basisdienst BOB-SH möglich.

Insgesamt gingen Stellungnahmen von 59 Trägern öffentlicher Belange ein. 68 natürliche oder juristische Personen bzw. Vereinigungen haben sich zu eigenen Belangen oder zu Belangen von durch sie Vertretenen geäußert. Vier der insgesamt 68 eingegangenen Einwendungen sind verfristet eingegangen bzw. waren ungültig.

Im Rahmen der Offenlage der Planfeststellungsunterlagen und der Offenlage der Planänderungsunterlagen haben sich u. a. die Gemeinde Ratekau, der Kreis Ostholstein, die Schleswig-Holsteinischen Landesforsten, die unteren Forstbehörden und das Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur (ME-KUN) per Stellungnahme geäußert.

Mit Schreiben vom 07.11.2023 haben die Vorhabenträgerinnen für die im Tenor aufgeführten Maßnahmen die Zulassung des vorzeitigen Baubeginns nach § 44c EnWG beantragt. Diesen Antrag haben sie unter dem 27.11. und dem 22.12.2023 ergänzt und präzisiert.

Das MEKUN, die unteren Naturschutzbehörden des Kreises Ostholstein und der Hansestadt Lübeck sowie die unteren Forstbehörden Eutin und Mölln wurden im Rahmen der 2. Planänderung vom 05.12.2023 bis zum 29.12.2023 ergänzend zu Maßnahmen beteiligt, die ihren Aufgabenbereich berühren, von dem Zulassungsantrag auf vorzeitigen Baubeginn erfasst sind und zu denen sie sich zuvor im Rahmen der Beteiligung noch nicht hatten äußern können. Neben diesen Trägern öffentlicher Belange wurden auch den durch die weiteren Maßnahmen Betroffenen die Möglichkeit zur Erhebung von Einwendungen gegeben. Das AfPE hat die hierfür notwendigen Unterlagen auf seiner Homepage zur Einsichtnahme bereitgestellt (www.schleswig-holstein.de/afpe). Insgesamt haben sich fünf Träger öffentlicher Belange per Stellungnahme zu der 2. Planänderung geäußert.

II. Rechtliche Würdigung

Dem Antrag der Vorhabenträgerinnen in der Fassung vom 22.12.2023 wird nach Maßgabe der Nebenbestimmungen und Hinweise mit der Einschränkung in Kap. A. VI. 3.) entsprochen.

1. Voraussetzungen für die Zulassung des vorzeitigen Baubeginns gemäß § 44c EnWG

Gemäß § 44c Abs. 1 S. 1 EnWG soll in einem Planfeststellungsverfahren die für die Feststellung des Plans zuständige Behörde auf Antrag des Vorhabenträgers vorläufig zulassen, dass bereits vor Feststellung des Plans mit der Errichtung eines Vorhabens einschließlich der Vorarbeiten begonnen wird, wenn

1. unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange einschließlich der Gebietskörperschaften bei einer summarischen Prüfung mit einer Entscheidung im Planfeststellungsverfahren zugunsten des Vorhabenträgers gerechnet werden kann,
2. der Vorhabenträger ein berechtigtes oder ein öffentliches Interesse an der Zulassung des vorzeitigen Baubeginns darlegt,
3. der Vorhabenträger nur Maßnahmen durchführt, die reversibel sind und
4. der Vorhabenträger sich verpflichtet,
 - a) alle Schäden zu ersetzen, die bis zur Entscheidung im Planfeststellungsverfahren durch die Maßnahmen verursacht worden sind, und
 - b) sofern kein Planfeststellungsbeschluss erfolgt, einen im Wesentlichen gleichartigen Zustand herzustellen.

Gemäß § 44c Abs. 1 S. 2 EnWG ist es bei Vorhaben im Sinne des § 1 Abs. 1 des Bundesbedarfsplangesetzes für die Berücksichtigung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange einschließlich der Gebietskörperschaften nach Satz 1 Nummer 1 ausreichend, wenn die Stellungnahmen derjenigen berücksichtigt werden, deren Belange am Ort der konkreten Maßnahme berührt sind, die durch den vorzeitigen Baubeginn zugelassen wird. Nach § 44c Abs. 1 S. 3 EnWG sind Maßnahmen gemäß Satz 1 Nr. 3 reversibel, wenn ein im Wesentlichen gleichartiger Zustand hergestellt werden kann und die hierfür notwendigen Maßnahmen in einem angemessenen Zeitraum umgesetzt werden können.

Gemäß § 44c Abs. 1 S. 1 Nr. 4 EnWG können ausnahmsweise irreversible Maßnahmen zugelassen werden, wenn sie nur wirtschaftliche Schäden verursachen und für diese Schäden eine Entschädigung in Geld geleistet wird.

Die danach erforderlichen Voraussetzungen sind für die zugelassenen Maßnahmen erfüllt.

a) Anhängiges Planfeststellungsverfahren und Zuständigkeit der Planfeststellungsbehörde

Der Antrag der Vorhabenträgerinnen nach § 44c Abs. 1 S. 5 EnWG auf Zulassung des vorzeitigen Baubeginns ist am 07.11.2023 und damit in einem laufenden Planfeststellungsverfahren, nämlich nach der Auslegung der Planunterlagen für gemäß § 43 EnWG planfeststellungsbedürftige Vorhaben, gestellt worden. Auch die Präzisierungen des Antrags am 27.11. und 22.12.2023 fanden im laufenden Planfeststellungsverfahren statt.

Das AfPE ist gemäß § 1 Abs. 1 der Landesverordnung zur Bestimmung der zuständigen Behörden nach dem Energiewirtschaftsrecht (EnWZustVO) i. V. m. dem Erlass des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume zur Bildung des Amtes für Planfeststellung Energie vom 5. Dezember 2012 die für die Errichtung und den Betrieb von Hochspannungsfreileitungen mit einer Nennspannung von 110 Kilovolt oder mehr gemäß § 43 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 EnWG zuständige Planfeststellungsbehörde. Als solche ist sie auch zur Entscheidung über die Zulassung des vorzeitigen Baubeginns nach § 44c EnWG befugt.

b) Positive Prognose der Planfeststellungsfähigkeit

Unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der vor Ort konkret betroffenen Träger öffentlicher Belange einschließlich der Gebietskörperschaften kann bei summarischer Prüfung mit einer Entscheidung zugunsten der Vorhabenträgerinnen im Planfeststellungsverfahren gerechnet werden (§ 44c Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, S. 2 EnWG). Auf der Grundlage des bisherigen Verfahrens- und Erkenntnisstandes lässt sich dies mit überwiegender Wahrscheinlichkeit feststellen. Denn durchgreifende Bedenken haben sich aus dem bisherigen Verfahrensverlauf nicht ergeben.

aa) Mit dem Bescheid vorläufig zugelassene Maßnahmen

Das gilt zunächst für die Maßnahmen, die mit diesem Bescheid vorläufig zugelassen werden.

Im Einzelnen:

(1) Ausholzung durch vorzeitiges Knicken und Knickverschiebungen (A. I. 1.)

Knicks gehören nach § 21 Abs. 1 Nr. 4 des Landesnaturschutzgesetzes SH – LNatSchG – zu den weiteren gesetzlich geschützten Biotopen nach § 30 Abs. 2 S. 2 BNatSchG. Handlungen, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung der Biotope führen können, sind nach § 30 Abs. 2 S. 1 BNatSchG grundsätzlich verboten. Nach § 21 Abs. 4 S. 1 LNatSchG ist bei Knicks aber das traditionelle Knicken alle 10 bis 15 Jahre in der Zeit vom 1. Oktober bis einschließlich des letzten Tages des Monats Februar bei Erhalt der Überhälter und Entfernen des Schnittgutes vom Knickwall eine zulässige Pflege- und Bewirtschaftungsmaßnahme. Eine ordnungsgemäße Pflege beinhaltet das Auf-den-Stock-Setzen (Knicken) in jenem Zeitraum.

Eine solche wird hier in den beschriebenen Bereichen zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Konflikte vorzeitig – also vor Ablauf von 10 Jahren seit dem vorangegangenen regulären Knicken – gestattet. Das vorzeitige Knicken ist bezüglich der Durchführung mit den regelmäßig durchzuführenden Knickpflegemaßnahmen identisch.

Die Ausholzungsarbeiten sind zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Konflikte nach den §§ 37 f., 44 f. BNatSchG im Bereich des nördlich zu errichtenden Provisoriums bei Mast Nr. 9N (LH-13-115), in südlicher Richtung entlang der Bestandstrasse LH 13-115 einschließlich von Zufahrten bei Mast Nr. 8 und im Bereich der südlichen Arbeitsfläche um Mast Nr. 7, 6N (LH 13-115) sowie 5 (LH 13152) erforderlich. Sie beschränken sich auf die Bereiche, die für die Errichtung des Provisoriums notwendig sind. Ältere Waldbereiche sind ausgenommen, ebenfalls Knickabschnitte, die für den Seilzug, für Schutzgerüste und den Rückbau erst später in Anspruch genommen werden müssen.

Um keine artenschutzrechtlichen Konflikte mit im Boden und Wurzelraum überwinternden Amphibien und Zauneidechsen auszulösen, ist der Rückschnitt schonend durchzuführen. Nach den LBP-Maßnahmenblättern VAr5 (Anlage 08.02.01 i.d.F. 1. Planänderung v. 01.06.2023) und VAr12 (Anlage 08.02.01 i.d.F. 2. Planänderung v. 07.11.2023) darf der Wurzelraum einschließlich eines mindestens 1 m breiten Schutzstreifens nicht mit Fahrzeugen befahren werden. Für die Mastbereiche 5, 6N und 7 gilt dies wegen des Zauneidechsenvorkommens für die gesamte Arbeitsfläche. Bodenarbeiten wie das Entfernen von Stubben oder das Umsetzen des Knickwalls sind erst nach Abschluss der Überwinterung und dem Aufstellen von Schutzzäunen durchzuführen.

Wochenstuben und Winterquartiere von Fledermäusen sind von den gestatteten Ausholungsarbeiten nicht betroffen. Zur Vermeidung einer eventuellen Nutzung als Tagesquartiere ist das Fällen von Bäumen außerhalb der Aktivitätsperiode, also ab dem 1. Dezember 2023, durchzuführen, sofern als Versteck geeignete Strukturen in Gehölzen nicht sicher ausgeschlossen werden können.

Die Knickverschiebungen sind ausschließlich temporäre Eingriffe. Der Kompensationsbedarf infolge des vorzeitigen Knickens und der Knickverlegungen beträgt insgesamt 97,3 m.

(2) Fällen von Überhältern (A. I. 2.)

Im Bereich der betroffenen Knickverschiebungen sind vereinzelt Einzelbäume (Überhälter) betroffen. Mit einem Stammumfang von < 100 cm sind diese jüngerer Art und nicht landschaftsbestimmend. Sie können damit nach Maßgabe des § 21 Abs. 4 S. 2; S. 3 Nr. 3 LNatSchG SH Bestandteil der projektbedingt notwendigen Ausholungsmaßnahmen sein.

(3) Gehölzeingriffe im Übrigen (A. I. 3.)

Um die Errichtung des Provisoriums im Jahr 2024 zu ermöglichen, ist die Entfernung der bezeichneten weiteren Biotoptypen erforderlich und gestattungsfähig.

Bei den betroffenen Flächen handelt es sich überwiegend um frühe Sukzessionsstadien (Pionierwald und Gebüsche). Der sonstige Laubwald an den Masten 7 und 8 (LH-13-115) liegt im Schutzstreifen der Bestandsleitung und unterliegt damit der regelmäßigen Trassenpflege. Landschaftsbildbestimmende Überhälter, welche einen besonderen Schutz haben, auf Knicks gibt es dort nicht.

An der Arbeitsfläche bei Mast Nr. 6/6N liegt der Knick im Wald. An der Einfahrt sind zwei Eichen mit einem Stammumfang von 1,55 – 1,66 m betroffen. Das ist als notwendig hinzunehmen, zumal die angrenzenden größeren Eichen mit einem Umfang bis 2,30 m nicht entfernt zu werden brauchen. Auf der Arbeitsfläche selbst sind keine größeren Bäume vorhanden.

Wegen einer Arbeitsfläche bei Mast Nr. 5 ist Nadelholzforst in Gestalt von vier Fichten mit einem Stammumfang von ca. 2,20 m bis 2,40 m betroffen, deren Entfernung notwendig ist.

Kleinflächig ist entlang der dortigen Straße Laubwald betroffen. Innerhalb des Schutzstreifens stehen dort im Biotoptyp „Pionierwald mit Zitter-Pappel/Hänge-Birke“ vier größere Bäume, nämlich eine Eiche (1,60 m), ein Feldahorn (1,65 m), eine Weide (1,95 m), und eine Kiefer (1,90 m). Die Klassifizierung zeigt allerdings, dass es sich um ein eher frühes Sukzessionsstadium des Waldes handelt, in dem nur einzelne Bäume einen größeren Stammumfang aufweisen. Großflächige Rodungen darüber hinaus brauchen nicht durchgeführt zu werden. Einige

Gehölzflächen sind zwar als Wald nach dem LWaldG ausgewiesen. Da die zusammenhängenden Flächen aber weniger als 0,3 ha betragen, ist kein genehmigungspflichtiger Kahlschlag nach § 5 Abs. 3 S. 3 LW

aldG SH gegeben.

(4) Vergrämnungsmaßnahmen (A. I. 4.)

Die gestatteten Vergrämnungsmaßnahmen stellen in der Praxis anerkannte, auf die Bauphase bezogene artenschutzrechtliche Vermeidungsmaßnahmen dar (vgl. Arbeitshilfe „Beachtung des Artenschutzrechtes bei der Planfeststellung“, LBV-SH/AfPE 2016, Kap. A.2.2.2.1, S. 31).

Die Maßnahmen dienen der Vermeidung eines Verstoßes gegen das Tötungsverbot des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG.

Die Zulassung von Vergrämnungsmaßnahmen ist somit im Rahmen der Zulassung des vorzeitigen Baubeginns notwendig, weil Vergrämnungsmaßnahmen vor Beginn der Brutplatzsuche vor Baubeginn umgesetzt werden müssen, damit der mit ihnen bezweckte Erfolg zum Schutz der potenziell betroffenen Brutvögel rechtzeitig vor Beginn der Bauausführungsmaßnahmen eintreten kann.

Alternativ zur vorgesehenen Installation von Flatterbändern kann auch ein regelmäßiges, mindestens wöchentliches sog. Grubbern (oberflächennahe Bodenbearbeitung) der Vorhabenfläche durchgeführt werden. Hierdurch wird eine vegetationslose und für die meisten Bodenbrüter ungünstige Habitatstruktur geschaffen. Die Maßnahmen müssen regelmäßig vom Beginn der Brutzeit der Arten (01.03.) bis zum Einsetzen der kontinuierlichen Bauaktivität durchgeführt werden

Für weitere Einzelheiten der Begründung wird auf das LBP-Maßnahmenblatt VAr4 (Anlage 08.02.01 i.d.F. 1. Planänderung v. 01.06.2023) verwiesen.

(5) Schutzzäune für Amphibien (A. I. 5.)

Mögliche baubedingte Schädigungen und Tötungen der Amphibienarten Kammolch, Laubfrosch und Moorfrosch sind in erster Linie durch eine Bauzeitenregelung zu vermeiden, die bestimmte Bauaktivitäten für eine konkrete Zeitspanne untersagt.

Drohen sie gleichwohl während der Bauphase aufzutreten, sollen Schädigungen durch Errichtung von Schutzzäunen vermieden werden. Dem dient die gestattete Maßnahme auf der Grundlage der §§ 37 f., 44 BNatSchG.

Die Abstimmung über die genaue Lage, die Gestalt und Materialwahl der Schutzzäune erfolgt unter Berücksichtigung der örtlichen Situation durch die Umweltbaubegleitung (vgl. zu den Einzelheiten insoweit LBP-Maßnahmenblatt V3 (Anlage 08.02.01 i.d.F. 1. Planänderung v. 01.06.2023)).

(6) Schutzmaßnahmen für die Zauneidechse (A. I. 6.)

Baubedingte Beeinträchtigungen für die in Anhang IV der FFH-RL gelisteten Zauneidechse können sich im Zuge der Bauausführung in von ihnen bewohnten Bereichen ergeben. Diese umfassen Bauflächen und anteilig auch Zuwegungen für den Rückbau der Bestandsleitungen, die Errichtung von Provisorien sowie später Neubau-Maststandorte auf mageren Offenlandflächen (etwa Ruderalflächen und Trockenrasen). Sie sind in erster Linie durch eine Bauzeitenregelung zu vermeiden, die bestimmte Bauaktivitäten für eine konkrete Zeitspanne untersagt. Da diese sich aber nicht vollständig durchhalten lassen, ist ein vorsorgliches Abfangen und Umsetzen der Tiere aus dem Baufeld erforderlich, um das Risiko baubedingter Tötungen zu vermindern. Betroffen sind Flächen, aus denen die Reptilien für den Zeitraum der Bauarbeiten nicht ausweichen können. Dem dienen die vorzeitig zugelassenen Maßnahmen.

Nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG ist zwar auch das Fangen von unter das Besondere Artenschutzrecht fallenden Individuen grundsätzlich verboten. § 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 2 BNatSchG lässt das Verbot aber entfallen, wenn eine erforderliche Maßnahme durchgeführt werden muss, die auf den Schutz der Tiere vor Tötung oder Verletzung gerichtet ist und die Beeinträchtigungen der Tiere in diesem Zusammenhang unvermeidbar sind.

Der Schutz der sich potenziell auf den Bauflächen befindlichen Zauneidechsen kann durch keine andere Maßnahme befriedigend sichergestellt werden. Durch das geplante Abfangen und Umsetzen der Individuen wird der Verbotstatbestand des § 44 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. § 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 2 BNatSchG also nicht verwirklicht.

Die gefangenen Tiere werden in zuvor hergestellte und für die Art geeignete Ersatzlebensräume in räumlicher Nähe umgesiedelt (s. LBP-Maßnahmenblatt AAr1 Anlage 08.02.01 i.d.F. 2. Planänderung v. 07.11.2023). Zum Ende erfolgen nochmals Besatzkontrollen innerhalb des Eingriffsbereichs, um sicherzustellen, dass alle Tiere aus dem Bereich abgefangen wurden. Erst wenn mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit durch mehrmalige Nichtbefunde bei der intensiven Nachsuche an mehreren aufeinanderfolgenden Terminen sichergestellt ist, dass sich keine Zauneidechsen mehr im Eingriffsbereich befinden, werden die Stubben entfernt bzw. können die eigentlichen Baumaßnahmen stattfinden. Das Abfangen muss durch Fachpersonal mit ausreichend Erfahrung erfolgen.

Der Eingriffsbereich muss nach dem Abfangen sodann an mehreren Stellen mit einer mobilen Barriere, d. h. mit reptiliensicheren Schutzzäunen, versehen werden. Die mobilen Barrieren werden i.d.R. entlang der Baufeldgrenze gezogen. Denn nach dem Abfangen und dem Umsetzen der Zauneidechsen aus einem Baufeld besteht die Gefahr, dass in der Folge Individuen aus der Umgebung wieder in das Baufeld zurückwandern. Dies kann im Grundsatz durch das Aufstellen von Sperrzäunen verhindert werden.

In dem Bereich, wo die Neubaumasten innerhalb der Bestandsleitungstrassen errichtet werden, müssen die Bestandsleitungen für den sicheren Rückbau abgeschaltet werden, was aus netztechnischer Sicht sehr aufwändig ist. Die dafür vergebenen Schaltungstermine werden für die Gewährleistung der ununterbrochenen Stromversorgung wahrscheinlich so vergeben, dass größere Zeitabstände zwischen den Arbeiten liegen werden.

Diese führen dazu, dass dann auch die Reptilienzäune über einen Zeitraum von ein bis zwei Jahren in ihrer Funktionalität gesichert werden müssen. Denn wird beim Abfangen eine bisher nicht absehbar hohe Anzahl an Individuen umgesetzt, ist davon auszugehen, dass trotz des Umsetzens der Maßnahmen viele Individuen versuchen werden, in den Bereich der dann aktiven Baufelder zurückzuwandern. Wären dann die Barrieren schon wieder abgebaut, könnte eine signifikante Erhöhung des Tötungs- und Verletzungsrisikos und damit des Eintritts des Verbots nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG nicht sicher ausgeschlossen werden.

Die Auffassung der Vorhabenträgerinnen, dass ihnen eine derart lange potenzielle Standzeit der Zäune in der Umsetzung nicht zumutbar und auch aus ökologischer Sicht aufgrund der allgemeinen Zerschneidungswirkung dieser Zäune für andere Kleintiere nicht sinnvoll sei, so dass für den – ohnehin unwahrscheinlichen – Eventualfall einer Wiedereinwanderung von Tieren die Ausnahmevoraussetzungen des § 45 Abs. 7 BNatSchG vorlägen, wird von der Planfeststellungsbehörde bei summarischer Würdigung nicht geteilt. Auch wenn dieser Verlauf nicht sicher ist, so kann er doch nicht ausgeschlossen werden, wie auch die Vorhabenträgerinnen in ihrem Antrag einräumen. Der Ausnahmetatbestand setzt nach Abs. 7 Satz 2 der Vorschrift aber voraus, dass „zumutbare Alternativen nicht gegeben sind“. Diese liegen mit dem Stehenlassen der Zäune bis zum Abschluss der Bauarbeiten an den betroffenen Stellen aber vor. Wenn deren Pflege auch einen gewissen Mehraufwand erfordert (auch ggf. ein Ersetzen der Zäune und ggf. das zeitweise Absperren einiger öffentlichen Wegen), ist die längere Standzeit angesichts der sichereren Vermeidung von Tötungsrisiken für wildlebende Tiere der besonders geschützten Arten nicht unverhältnismäßig. Auch eine „Zerschneidungswirkung“ für andere Kleintiere wird nach Voraussetzung und Folge bereits nicht substantiiert dargelegt. Eine solche kann, sofern sie überhaupt eintritt, etwa durch das Freihalten von Wanderkorridoren gemindert werden. Zudem dient der Zaun auch dem Schutz ebensolcher Arten, worauf auch das MEKUN in seiner Stellungnahme zur 2. Planänderung v. 19.12.2023 (s. u.) hingewiesen hat. Die Privilegierung nach § 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 BNatSchG liegt bei dieser Sachlage ebenfalls nicht vor, weil die Beeinträchtigung bei Anwendung der gebotenen fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen, nämlich dem Stehenlassen der Zäune, vermieden werden kann.

Hinsichtlich der Beseitigung der Schutzzäune nach Abfangen der Tiere bei längerer Dauer des Baubeginns an der betreffenden Stelle war der Antrag deshalb abzulehnen und die Zulassung entsprechend zu modifizieren.

Die Zauneidechsen werden nach Beendigung der Baumaßnahmen nicht erneut aus den Ersatzhabitaten abgefangen und zurückgebracht. Eine Wiederbesiedlung der ehemaligen Bauflächen erfolgt durch Zuwanderung aus der Nachbarschaft oder ggf. Rückwanderung der umgesetzten Tiere.

Der Flächenbedarf für die Ausgleichsflächen ergibt sich aus der Summe der Baufelder und Zuwegungen an Maststandorten und Provisorien (insg. Rd. 2,8 ha). Als geeignete Ersatzhabitate eignen sich die Überspannungsbereiche der geplanten Trasse sowie derzeitigen Bestandstrassen (vgl. Anhang 1), da diese durch die Trassenpflege dauerhaft von dichtem Gehölzbewuchs freigehalten werden und grundsätzlich eine Habitateignung für Zauneidechsen behalten. Durch die Aufwertung der bisher schattigen bis halbverschatteten Flächen z.B. durch die Schaffung von offenen Sonnplätzen und Versteckmöglichkeiten wird die Habitatkapazität erhöht und ein adäquater Ausgleich erbracht. Gemäß LBP-Maßnahmenblatt AAr1 (Anlage 08.02.01 i.d.F. 2. Planänderung v. 07.11.2023) sind hierfür die Mahd und Fällung von Staudenstrukturen und Gehölzbeständen notwendig, sodann das Ausbringen von geeigneten und regionalen Saatmischungen sowie in kleinflächigen Teilbereichen der oberflächliche Abtrag von Oberboden zur Schaffung von grabfähigen Eiablageflächen. Der Abtrag von Oberboden und die Entnahme von Gehölzen wird nur in Bereichen durchgeführt, in denen keine Winterquartierseignung besteht, sodass ein Eintreten von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 BNatSchG für die bestehende Zauneidechsenpopulation in diesen Bereichen ausgeschlossen ist.

Zusätzlich zu den Flächen unterhalb der Bestandsleitungen ist die Aufwertung einer bestehenden Ausgleichsfläche im Osten des UW Siemens vorgesehen, auf der sich Trockenrasenbiotope ausgebildet haben, jedoch die Sukzession zu Wald voranschreitet. In Rücksprache mit der Unteren Naturschutzbehörde der Hansestadt Lübeck wird auf dieser bereits von Zauneidechsen besiedelten Fläche die Lebensraumkapazität durch Pflegemaßnahmen erhöht. Dies geschieht ebenfalls über die Freistellung von Sonnenplätzen, Bereitstellung von Offenbodenbereichen und indem zusätzliche Versteckmöglichkeiten geschaffen werden. Im Gegensatz zu den temporär geschaffenen Flächen unterhalb der Bestandsleitung ist die Aufwertung auf der bestehenden Ausgleichsfläche östlich des UW Siemens als dauerhafte Maßnahme vorgesehen.

(7) Archäologische Vorkehrungen

Im Bereich des Mastes 9N (LH-13-115) liegt ein archäologisches Interessengebiet vor. Da sich die zu versetzenden Knickwälle zum Teil unmittelbar oder in der Nähe der Alten Travemünder Landstraße bzw. am Bestandsmast Nr. 9 (LH-13-115) befinden, ist in diesen Bereichen kein archäologisches Denkmal zu vermuten.

Sollten sich beim Versetzen wider Erwarten archäologische Funde ergeben, sind die daraus erwachsenden Pflichten gemäß § 15 Abs. 1 S. 1 und S. 4 DSchG SH

zu erfüllen, d. h. Unterbrechung der Bodenarbeiten, Sicherung der Funde und umgehende Meldung an die Hansestadt Lübeck. Der Aufnahme einer ausdrücklichen Nebenbestimmung hierzu bedurfte es – anders als von dem Archäologischen Landesamt vorgeschlagen – nicht, weil die Verpflichtungen nicht über das hinausgehen, was die Vorhabenträgerinnen bereits aufgrund der gesetzlichen Regelungen zu beachten haben.

bb) Erlassfähigkeit des Planfeststellungsbeschlusses auch im Übrigen

Auch im Übrigen können die Vorhabenträgerinnen voraussichtlich mit einer Entscheidung im Planfeststellungsverfahren zu ihren Gunsten rechnen, § 44c Abs. 1 S. 1 Nr. 1 EnWG. Die eingegangenen Stellungnahmen der örtlich betroffenen Träger öffentlicher Belange einschließlich der Gebietskörperschaften und betroffener Privatpersonen sind geprüft worden; sie lassen nichts Gegenteiliges erwarten.

Entsprechendes gilt für die Würdigung der in ihren Belangen berührten Fachbehörden auf Landes- und Bundesebene in den Bereichen Umwelt, Städtebau, Landwirtschaft, Eisenbahn, Straßenbau und Verkehr auf Bundes- und Landesstraßen sowie Wasserstraßen, Flugsicherung, Küstenschutz, Denkmalpflege, Archäologie, Entsorgung sowie für die Leitungs- und Versorgungsträger.

Danach begründet erscheinende Einwände und Korrekturvorschläge können im Planfeststellungsbeschluss berücksichtigt werden, ohne dass bei summarischer Würdigung die Zulassung des Vorhabens dadurch in Frage steht.

(1) Trassenwahl und Alternativenprüfung

Die Trassenwahl und Alternativenprüfung durch die Vorhabenträgerinnen sind nach Methode und Ergebnis für die Planfeststellungsbehörde auf Basis einer summarischen Prüfung nachvollziehbar. Daher kann diesbezüglich mit einer Entscheidung im Planfeststellungsverfahren zugunsten der Vorhabenträgerinnen gerechnet werden.

Die Vorhabenträgerinnen haben eine zweistufige Variantenprüfung nach den Maßgaben einer Freileitungsplanung durchgeführt (siehe Erläuterungsbericht, Anhang C). Hierfür haben die Vorhabenträgerinnen zunächst einen Korridor ermittelt (siehe Erläuterungsbericht, Anhang C, unter 4.) und innerhalb diesem den genauen Trassenverlauf (siehe Erläuterungsbericht, Anhang C, unter 6.) herausgearbeitet. Aus Sicht der Planfeststellungsbehörde ist diese Vorgehensweise im Rahmen einer summarischen Prüfung sachgerecht und nachvollziehbar.

Im Übrigen haben die Vorhabenträgerinnen auf der Grundlage ihrer abgeschlossenen Freileitungsplanung (siehe Erläuterungsbericht, Anhang C) die technische Variante einer teilweisen Erdverkabelung nicht angenommen, (siehe Erläuterungsbericht, Anhang E), da insbesondere die rechtlichen Voraussetzungen nach

§ 4 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 und Nr. 2 BBPlG nicht gegeben sind. Für die Planfeststellungsbehörde ist im Rahmen der summarischen Prüfung die Vorgehensweise und das Prüfungsergebnis der Vorhabenträgerinnen zu dem Thema (Teil-)Erdverkabelung schlüssig. Des Weiteren sind keine sonstigen überzeugenden Anhaltspunkte für eine teilweise Erdverkabelung ersichtlich.

Die Vorhabenträgerinnen haben sich zunächst auf der ersten Stufe der Freileitungsplanung mit den Korridorvarianten auseinandergesetzt (siehe Erläuterungsbericht, Anhang C, unter 4.). Zur Bestimmung der Korridorvarianten wurden Anfangs- und Endpunkte der künftigen Leitungsverbindungen des Gesamtprojekts Ostküstenleitung (Kreis Segeberg – Raum Lübeck – Siems – Raum Göhl) sowie der einzelnen Teilmaßnahmen in den Blick genommen. Das vorliegend beantragte Projekt ist, wie bereits oben erwähnt, als Teilvorhaben in Nr. 42 der Anlage 1 zu § 1 Abs. 1 BBPlG aufgeführt und hat mit dem Anschluss westlich aufgrund der Anknüpfung an die Ostküstenleitung, 1. Bauabschnitt, bereits einen Fixpunkt.

Die Leitung muss nach Maßgabe der Zielvorgaben in der Gesamtbetrachtung mit einigen Richtungswechseln von West nach Ost verlaufen. Bei Betrachtung der direkten Distanz (Luftlinie) von ca. 8,2 km und der geplanten Leitungslänge von ca. 13,9 km wird deutlich, dass eine lineare Verbindung der Netzverknüpfungspunkte aufgrund vorhandener Raumwiderstände nicht möglich ist.

Auf Grundlage der ermittelten Widerstände wurden – für die Planfeststellungsbehörde im Rahmen ihrer summarischen Prüfung insgesamt nachvollziehbar – auf der Korridorebene drei zu untersuchende Hauptvarianten definiert. Die Eckpunkte dieser Korridorplanung sind die Verknüpfungspunkte mit dem bestehenden bzw. dem auszubauenden 220-kV-Netz zwischen den Umspannwerken Raum Lübeck und Siems.

Als Ergebnis ergab sich für die Vorhabenträgerinnen nach dem Ausscheiden der weniger geeigneten Varianten der gewählte Vorzugskorridor, der für die Planfeststellungsbehörde schlüssig ist.

Auf der zweiten Stufe der Freileitungsplanung wurde die Trassenführung innerhalb des Vorzugskorridors kleinräumiger abgewogen und am Ende die von den Vorhabenträgerinnen zu bevorzugende exakte Führung festgelegt (siehe Erläuterungsbericht, Anhang C, unter 6.).

Zu berücksichtigen ist legitimerweise, dass die Mitnahmen der beiden bestehenden 110-kV-Leitungen LH-13-114 und LH-13-117 der Schleswig-Holstein Netz AG geplant sind. Die Bestandssituation, ausgehend vom Umspannwerk Siems nach Norden, beinhaltet auf einer Länge von ca. 2 km bereits vier 110-kV-Leitungen der Schleswig-Holstein Netz AG und eine 30-kV-Leitung der Trave-Netz GmbH. Aus Platzgründen und in Anbetracht der Vermeidung von neuen Eingriffen in das private Grundeigentum sowie in Natur und Landschaft ist es nachvollziehbar nicht vorzugswürdig, die neue 380-kV-Leitung parallel zur Trasse der bestehenden 110-kV-Leitungen zu errichten. Es erscheint vielmehr sachgerecht, die bestehende Situation nicht durch eine zusätzliche Leitung zu verschlechtern,

sondern bei der notwendigen Neuerrichtung der 380-/110-kV-Leitung die 110-kV-Leitungen in diesem Bereich mitzunehmen und die alte Anlage zurückzubauen.

Eingehendere Vergleiche haben die Vorhabenträgerinnen bezüglich der Anbindungsmöglichkeiten an den Korridor nördlich von Ratekau und bei zwei in Frage kommenden Korridorverläufen im südlichen Bereich vorgenommen, die verschiedene Anbindungen der Umspannwerke Raum Lübeck und Siems zulassen. Durch einen schrittweisen Vergleich wurden in diesem Bereich – für die Planfeststellungsbehörde nach aktuellem Stand schlüssig – die jeweils konfliktärmsten Teilabschnitte nördlich und südlich ermittelt. Die Prüfung der Vorhabenträgerinnen hat ergeben, dass der Korridor mit dem Verlauf südlich von Ratekau und nördlich von Pariner Berg nach Auffassung der Vorhabenträgerinnen vorzugswürdig ist. Aufgrund seiner geringeren Länge im Vergleich zum Korridor nördlich von Ratekau weist der Verlauf hinsichtlich wirtschaftlicher Aspekte und einer geringeren Inanspruchnahme von Eigentum Vorteile auf. Weiterhin findet durch die Mitnahmen von zwei 110-kV-Systemen auf dem Mastgestänge der geplanten 380-kV-Leitung als Ersatz für die bestehenden 110-kV-Leitungen LH-13-114 und LH-13-117 der Schleswig-Holstein Netz AG, die eine der beiden Vorhabenträgerinnen ist, eine deutliche Entlastung von Umweltbeeinträchtigungen statt. Vor allem können die Siedlungslagen der Ortschaften Bad Schwartau und Ratekau durch den damit ermöglichten Rückbau der 110-kV-Leitung entlastet werden, ebenso dadurch das Naturschutzgebiet Sielbektal und darin belegene Biotope.

Für die mastgenaue Bestimmung der Leitungsführung haben die Vorhabenträgerinnen den Verlauf vom UW Raum Lübeck zum UW Siems in 9 Unterabschnitte eingeteilt. In den Unterabschnitten 5, 6, 7, 8 und 9 haben die Vorhabenträgerinnen mehrere Varianten der Feintrassierung untersucht. Die Vorhabenträgerinnen haben technische, wirtschaftliche, umweltfachliche Aspekte und den Eigentumsaspekt zugrunde gelegt. Als besonders konfliktträchtig zeigt sich der Unterabschnitt 8 (Masten Nr. 28 bis 32), in dem mit beiden in Frage kommenden Untervarianten u.a. das NSG Unteres Sielbektal gequert werden muss. Hier wurde nach umfangreicher Abwägung des Für und Widers am Ende von den Varianten A (weiter nordöstlich verlaufend) und B erstere gewählt, weil diese aus technisch-wirtschaftlicher Sicht wie auch aus Gründen der Inanspruchnahme von Privateigentum aus Sicht der Vorhabenträgerinnen – für die Planfeststellungsbehörde im Rahmen der summarischen Prüfung nachvollziehbar – vorzugswürdig erscheint, obwohl das NSG real damit etwas stärker belastet wird. Allerdings beträfe die Variante B stärker gesetzlich geschützte Biotope und Wald und führte daher letztlich gleichwohl nicht zu einer Minimierung von Eingriffen in Natur und Landschaft.

Das damit gefundene abschließende Ergebnis erscheint der Planfeststellungsbehörde in der Gesamtbetrachtung fehlerfrei; sie wird es sich deshalb voraussichtlich zu eigen machen.

(2) Belange der Träger öffentlicher Belange einschließlich der Gebietskörperschaften

Zu den nach § 44c Abs. 1 S. 1 Nr. 1 S. 2 EnWG für die Prognose ausdrücklich zu berücksichtigenden Stellungnahmen der konkret vom vorzeitigen Baubeginn betroffenen Träger öffentlicher Belange und Gebietskörperschaften gilt, dass auch danach kein Anlass besteht, an der Zulassungsfähigkeit des Vorhabens zu zweifeln.

- **Gemeinde Ratekau**

Die Gemeinde Ratekau ist als Gebietskörperschaft durch die konkret zugelassenen Maßnahmen betroffen.

Sie hat in der ersten Öffentlichkeitsbeteiligung gefordert, die Bundesbedarfsplanung verfahrensrechtlich mit den darauf gegründeten Planfeststellungsverfahren zu verbinden. Dies wäre jedoch nur nach einer Änderung des geltenden Rechts möglich, die nicht im Zuständigkeitsbereich der Planfeststellungsbehörde liegt. Entsprechendes gilt für ihre weiteren rechtspolitischen Änderungsvorschläge. Ihre Rüge, dass für das Vorhaben ein vorgeschaltetes Raumordnungsverfahren (jetzt eine Raumverträglichkeitsprüfung) hätte durchgeführt werden müssen, ist unbegründet. Von einem solchen konnte hier nach § 16 Abs. 2 S. 1 ROG abgesehen werden, weil die Raumverträglichkeit umfassend und ausreichend im anhängigen Planfeststellungsverfahren geprüft werden kann. So hat es auch die zuständige Landesplanungsbehörde (zum Zeitpunkt der Entscheidung die Staatskanzlei SH) gesehen und der Vorhabenträgerin TenneT mit Schreiben vom 04.11.2014 mitgeteilt, dass von der Durchführung eines Raumordnungsverfahrens abgesehen wird.

Auch wird die von den Vorhabenträgerinnen beantragte technische Ausführung in Freileitungsbauweise planfeststellungsfähig sein. Für eine Ausführung der 380-kV-Leitung als Erdkabel sind die dafür erforderlichen Voraussetzungen des § 4 Abs. 2 des Bundesbedarfsplangesetzes (BBPlG) nicht erfüllt; entsprechendes gilt nach § 43h EnWG für die zwei mitgeführten 110-kV-Leitungen.

Unter dem 01.12.2023 hat sich die Gemeinde – anders als in dem Antrag auch in der Fassung vom 22.12.2023 noch aufgeführt – zur 1. Planänderung („2. Offenlage“) geäußert. Auch daraus ergibt sich aber nichts, was einer Entscheidung im Planfeststellungsverfahren zugunsten der Vorhabenträgerinnen im Wege steht.

Die Gemeinde macht zunächst geltend, dass das Gebot der Eingriffsvermeidung von der Planung teilweise nicht beachtet werde. Die geänderte Provisorienplanung (Lage/ Bauwerksplan Grunderwerbsplan Blatt 13a in Ordner 4 i. d. F. 1. Planänderung v. 01.06.2023) zeige eine Vielzahl von Trassen, die das von Knicks gegliederte Grünlandgebiet nördlich der Alten Travemünder Landstraße durchschnitten. Die geänderte Planung sehe zahlreiche Knickdurchbrüche vor. Weitere Flächen würden von der Rückbauplanung beansprucht (Lage/ Bauwerksplan Grunderwerbsplan Blatt 3 in Ordner 5 i. d. F. 1. Planänderung v. 01.06.2023). Nicht in den Plänen dargestellt seien die künftig zu erwartenden Eingriffe in das

Gebiet durch das in Änderung begriffene Vorhaben Ostküstenleitung, 3. Bauabschnitt.

Dazu ist zu bemerken, dass die Provisoriumsplanung Flächen des Naturschutzgebietes (NSG) in Anspruch nehmen muss. Das Gebot der Eingriffsminimierung wird aber weiter beachtet; bevorzugt genutzt werden vorhandene Knickdurchbrüche. Die Knicks werden zudem wiederhergestellt (vgl. LBP-Maßnahmenblatt V6, Anlage 08.02.01 i.d.F. 1. Planänderung v. 01.06.2023). Überwiegend wird vor allem in den Überspannungsbereichen der Bestandsleitung vorzeitig geknickt; dies stellt keine Beseitigung des Biotoptyps dar. Der Knick geht vor Ort nicht verloren. Bei den kleinflächigen Knickverlegungen, die an Zuwegungen und an Mast Nr. 9/9N notwendig sind, ist gemäß LBP-Maßnahmenblatt V6 ebenfalls eine Wiederherstellung am selben Standort vorgeschrieben. Die Provisoriumsplanung stellt die Stromversorgung sicher, sodass die Bestandsleitungen abgeschaltet werden können und anschließend der Neu- und Rückbau durchgeführt werden kann. Würde der Strom über ein Freileitungs-Provisorium abgeführt werden, müsste zum sicheren Betrieb eine deutlich größere Fläche innerhalb des NSG in Anspruch genommen werden, da die Leiterseile nicht in engen Winkeln geführt werden können. Zur Eingriffsminimierung wird außerdem der größte Anteil des in den südlichen Waldgebieten verlaufenden Provisoriums auf den schon vorhandenen Freileitungen mitgeführt. Dies verhindert die Herstellung einer weiteren Schneise im Wald. Außerdem wird das NSG durch den Rückbau der Bestandsleitungen entlastet. Der 3. Bauabschnitt der Ostküstenleitung schließlich ist nicht Teil des vorliegenden Verfahrens.

Die Gemeinde macht weiter geltend, dass bei der Planung von Maßnahmen an Mast Nr. 10 die Geländetopographie nicht berücksichtigt worden sei. Das für eine Zuwegung zur Erreichung der Fläche des Mastes 10 vorgesehene Gelände weist in diesem Bereich teilweise eine sehr starke Hangneigung auf. Das gelte auch für den mit Eichen bestandenen Hügel. In direkter Nähe seien rund um den Eichenhügel Arbeitsflächen und Wege geplant. Es bestehe die Gefahr, dass es bei den hier vorliegenden sandig-kiesigen Bodenverhältnissen bei der Befahrung mit Baumaschinen zu Rutschungen kommen werde. Eine Gefährdung auch der Eichen auf der Hügelkuppe sei möglich.

Die Gemeinde gibt in diesem Zusammenhang weiter zu bedenken, dass gerade die Böschungen des Eichenhügels besonders schutzwürdige Pflanzenbestände und Biotoptypen aufwiesen wie Trockenrasen, artenreicher Steilhang- und Borstgrasrasen/Heiden. Vorhanden seien zahlreiche Pflanzenarten der Roten Liste Schleswig-Holstein wie z.B. das Hunds-Veilchen (*Viola canina*), die Besenheide (*Calluna vulgaris*), der Knollige Hahnenfuß (*Ranunculus bulbosus* ssp. *Bulbosus*), die Kriechende Hauhechel (*Ononis repens* ssp. *Repens*), die Nelken-Hafereschmiele (*Aira caryophylla* ssp. *Caryophylla*), die Berg-Platterbse (*Lathyrus linifolius*) und das Berg-Sandglöckchen (*Jasione montana*). Bei den Borstgrasrasen am Eichenhügel handele es sich um ein Biotop, das nicht nur in Deutschland geschützt sei, sondern zusätzlich als prioritär geschützter Lebensraumtyp 6230

nach Anhang I FFH-Richtlinie nach EU-Recht unter strengem Schutz stehe. Die Gemeinde schlägt daher vor, dass alternativ östlich des 110kV-Mastes Nr. 10 (und außerhalb des NSG) gelegene Ackerflächen für die Baustraßen und Arbeitsbereiche genutzt werden sollten. Zumindest sollte die ringförmige Arbeitsfläche rund um den Eichenhügel dorthin verlegt werden.

Die Vorhabenträgerinnen haben aufgrund der Äußerung der Gemeinde nochmals geprüft, wie Eingriffe in den Hang eventuell weiter minimiert werden könnten. Eine Möglichkeit dafür sehen sie darin, die Zuwegung unter Weglassung der Zuwegung rund um den Eichenhügel in gerade Linie nördlich zum Bestandsmast weiterzuführen. Hier ist augenscheinlich die erforderliche Tätigkeit für den vorzeitigen Baubeginn (Aufstellung von Schutzzäunen und Vergrämungssstangen) auch ohne die angesprochene ringförmige Zufahrt möglich, da vor Ort bereits ein kleiner Knickdurchbruch besteht, der genutzt werden kann. Eine Verschiebung des Knicks ist hierfür nicht erforderlich und hätte mit diesem Bescheid auch nicht zugelassen werden können, da eine solche in den Planunterlagen, die Gegenstand des Anhörungsverfahrens waren, nicht enthalten ist. Sollte sich der vorhandene Durchbruch als ungeeignet erweisen, könnte eine kleine Behelfsbrücke über den Knickwall errichtet werden, um die Fläche hinter dem Knick zu erreichen, ohne dabei den Knickwall zu beeinträchtigen oder zu verschieben. Die Erreichbarkeit der Flächen ohne Herstellung der ursprünglich vorgesehenen Zuwegung haben Dienstleister der TenneT der Planfeststellungsbehörde auf Nachfrage mündlich bestätigt. Auch der Gemeinde Ratekau ist bei einer Begehung der Fläche in der 2. KW von Ausführenden der TenneT vor Ort mitgeteilt worden, dass die Fläche nicht mehr benötigt werde. Weiterhin sind zwischenzeitlich bei der Planfeststellungsbehörde Unterlagen zur landespflegerischen Ausführungsplanung ohne Inanspruchnahme der ringförmigen Zuwegung eingereicht worden (vgl. Abb Folgeseite). Auch wenn der schriftliche Antrag der Vorhabenträgerinnen an diesen Sachstand nicht angepasst worden ist, stellt sich die Maßnahme der ringförmigen Zuwegung damit nicht mehr als notwendig dar, so dass die Zulassung dieses Eingriffs in die empfindlichen Biotope nicht mehr gerechtfertigt wäre. Dementsprechend wurde der Umfang der zugelassenen Maßnahme an dieser Stelle durch die Bestimmung in A. I. 6. Nr. 4 angepasst und die Zulassung der ringförmigen Zuwegung abgelehnt.

Die etwaige Planung einer Behelfsbrücke wäre, da damit kein stärkerer Eingriff verbunden ist, als es in den Planunterlagen bisher dargestellt ist, lediglich auf der Ebene der Ausführungsplanung mit den zuständigen Naturschutzbehörden abzustimmen und der Planfeststellungsbehörde anzuzeigen.

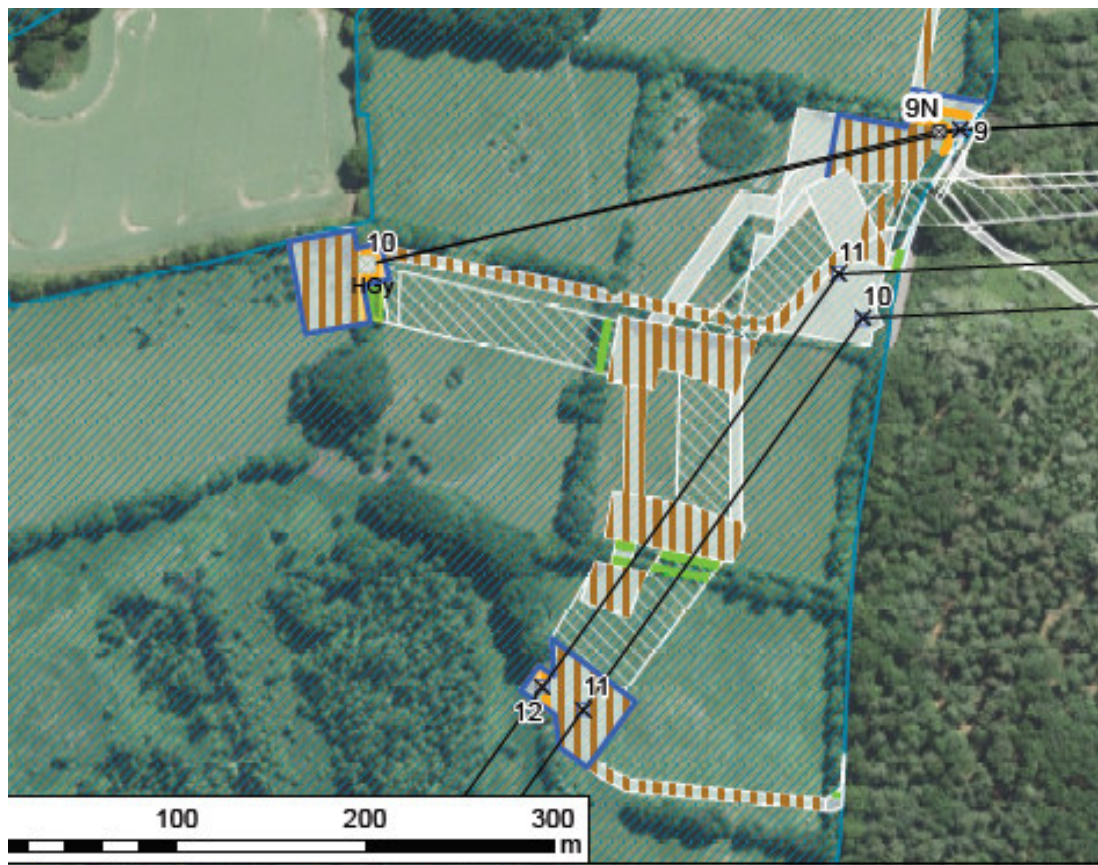


Abb. Darstellung aus dem LAP der Vorhabenträgerinnen ohne ringförmige Zufahrt (M.10)

Des Weiteren kritisiert die Gemeinde, dass südlich der Alten Travemünder Landstraße eine Ausgleichsfläche für ihren Bebauungsplan 60 „Sereetz-Nahversorgungszentrum“ nicht berücksichtigt worden sei. Da ein Teil der Ausgleichsfläche für Mast Nr. 30 bzw. die dort gelegenen Arbeitsbereiche in Anspruch genommen werde, sei eine Kompensation erforderlich.

Dazu gilt, dass die angesprochene Ausgleichsfläche in der Kompensation berücksichtigt worden ist. Sie wurde allerdings in Tabelle 55 (Anlage 08.01.01 Landschaftspflegerischer Begleitplan) der falschen Gemarkung zugeschrieben. Die Gemarkung ist nun in „Sereetz“ berichtigt worden; die Angaben zum Aktenzeichen, zur Konfliktnummer, Lage und Inanspruchnahme etc. sind unverändert zutreffend.

Weiter bemängelt die Gemeinde, dass ebenfalls südlich der Alten Travemünder Landstraße im Landschaftspflegerischen Begleitplan eine Fläche im NSG als Acker kartiert und gewertet werde, bei der es sich tatsächlich um Grünland handle. Es gehe um das direkt östlich an die Kläranlage angrenzende Grundstück 311/1, auf dem der Mast Nr. 29 geplant sei.

Dem kann nicht gefolgt werden. Bei der Kartierung wurde die Kartieranleitung für Schleswig-Holstein verwendet und die dort geltenden Hinweise für die Bestimmung der Biotoptypen angewandt. Danach bestand dort 2022 kein Grünland. Das ist allerdings südlich des geplanten Maststandortes der Fall; dort findet jedoch kein Eingriff statt. Sofern sich bei der Baustellenersteinrichtung bezüglich des Biotoptyps ein anderer Sachverhalt entgegen der Planung auftäte, würde dies entsprechend durch die anwesende Umweltbaubegleitung erfasst und dokumentiert werden. Im Rahmen einer Nachbilanzierung würde dann, sofern erforderlich, eine entsprechende Kompensation entwickelt.

Schließlich bemängelt die Gemeinde, dass der Planung bisher Aussagen zur Pflege der Grünlandflächen während der Bauphase fehlten. Diese betreffe die Grünlandflächen im Naturschutzgebiet, insbesondere die nördlich der alten Travemünder Landstraße gelegenen Bereiche. Momentan werde das NSG mit Pferden und Robustrindern (Galloways) beweidet. Im Gegensatz zu Wald benötige das Grünland eine regelmäßige Pflege, um den typischen Pflanzenbestand zu erhalten und eine Verbuschung und das Aufkommen unerwünschter Pflanzenarten zu verhindern. Wenn nicht beweidet werden könne, müsse mit angepasster Technik zumindest einmal jährlich gemäht werden. Dafür bedürfe es eines Konzepts. Für Bereiche, die weiter beweidet werden könnten, müsse für die betrieblichen Notwendigkeiten (Wasser, Zuwegung, Versetzen der Einzäunung, neue Tore etc.) gesorgt werden.

Dazu gilt, dass Aussagen zur Pflege der Grünlandflächen die Landschaftspflegerische Ausführungsplanung (LAP) betreffen; diese konkretisieren die Planfeststellungsunterlagen zur Bauausführung. Demzufolge ist keine Anpassung der vorgelegten Unterlagen erforderlich. Die Vorhabenträgerinnen haben zugesagt, die Hinweise aufzunehmen und der Planfeststellungsbehörde eine Konkretisierung der Pflege der Grünlandflächen im Rahmen des LAP vorzulegen. Hier kann auch eine Abstimmung mit der Gemeinde erfolgen.

Durchgreifende Bedenken, die eine grundsätzlich – wenn auch mit einschränkenden Nebenbestimmungen versehene – Entscheidung zugunsten der Vorhabenträgerinnen im späteren Planfeststellungsbeschluss als unwahrscheinlich erscheinen lassen, hat die Gemeinde Ratekau trotz ihrer umfangreichen Einlassungen daher nicht vorgetragen.

- **Kreis Ostholstein**

Die vorgetragenen Belange stehen dem Erlass des beantragten Planfeststellungsbeschlusses ersichtlich nicht entgegen.

Den Hinweisen des Kreises zu notwendigen Sondernutzungen und Abständen zu Anbauverbotszonen kann gefolgt werden. Auch den Vorschlägen zu Grundwasser- und Bodenschutzauflagen wird zugestimmt. Auf dem zur Planänderung neu eingestellten Ökokonto Lutterberg II sind noch ausreichend Punkte gesichert. Naturwaldflächen und Natura-2000-Gebiete werden lediglich überspannt,

so dass insoweit kein Eingriff stattfindet. Durch Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen, wie sie in den LBP-Maßnahmenblättern V5 und V10 aufgeführt sind (Anlage 08.02.01 i.d.F. 1. Planänderung v. 01.06.2023), wird mit Gehölzbiotopen /Wäldern im Trassenbereich maximal schonend umgegangen. Was die FFH-Prüfungen anbelangt, sind alle diese Gebiete betreffenden Änderungen in den Deckblättern enthalten.

- **Schleswig-Holsteinische Landesforsten**

Die Landesforsten rügen die Verschiebung des Neubaumastes 31 aufgrund der Altablagerung und würden stattdessen deren Sanierung vorziehen. Gefordert wird weiter statt der Aufwuchshöhenbeschränkung eine Überspannung des Waldbereichs zwischen Neubaumast Nr. 24 bis 26.

Die Änderungsvorschläge werden abzulehnen sein. Eine Sanierung der Altablagerung kommt schon deshalb nicht in Betracht, weil sie voraussichtlich mehrere Jahre dauern würde. Eine Überspannung im Bereich Mast Nr. 24-26 würde deutlich höhere Masten mit einer stärkeren Belastung des Landschaftsbilds erfordern, die grundsätzlich nur bei Waldflächen mit höherem Schutzstatus in Betracht kommen. Zudem käme es zu einem mindestens ähnlich umfangreichen Eingriff in den Forst, weil die benötigten Arbeitsflächen gleichermaßen notwendig blieben. Der Kahlschlag bleibt auf die Arbeitsflächen begrenzt.

- **(Untere Forstbehörde (Landesamt für Landwirtschaft und nachhaltige Landesentwicklung – LLnL)**

Eine zu Recht beanstandete geringfügige Fehlberechnung des Kompensationsbedarfs infolge des Eingriffs in Waldflächen wurde korrigiert, wobei der geringfügige Mehrbedarf über die Ersatzaufforstungsfläche Dobersdorf (Ausgleichsmaßnahme LBP- Maßnahmenblatt E9) weiter sichergestellt bleibt. Die Maßnahme ist danach bereits erfolgt. Auch den geforderten Auflagen einschließlich derer der Unteren Forstbehörde Mölln wird voraussichtlich zugestimmt werden können.

- **MEKUN (Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur)**

Soweit das MEKUN die Eignung der Ausgleichfläche für die umgesetzten Zauneidechsen östlich des UW Siemens und die Zugriffsmöglichkeit dort bezweifelt hat, erscheinen derartige Zweifel nach den darauf eingehenden Darlegungen der UNB der Hansestadt Lübeck in deren E-Mail an das MEKUN v. 19.10.2023 überzeugend ausgeräumt; der Inhalt ist auch in die Planfeststellungsunterlagen aufgenommen worden.

Die Bedenken hinsichtlich einer nicht akzeptablen Tötung eventuell in großer Zahl rückwandernder Zauneidechsen bei einem Abräumen der Schutzzäune sogleich nach dem Abfangen der Tiere nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG, wie das

MEKUN sie in seiner Stellungnahme zur 2. Planänderung v. 19.12.2023 äußert, hält die Planfeststellungsbehörde allerdings für begründet und macht sie sich zu eigen. Zwar ist diese Vorgehensweise bereits im Zuge der 1. Planänderung in das LBP-Maßnahmenblatt VAr12 aufgenommen worden. Die Inkaufnahme wäre aber voraussichtlich weder durch § 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 BNatSchG gedeckt noch lägen die Voraussetzungen einer Ausnahmegewährung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG vor. Aus diesem Grund konnte die Verkürzung der Zaunstandzeiten in diesem Bescheid nicht gestattet werden, vgl. Tenor A. I. 6. Nr. 3b und Begründung B II. 1. b) aa) (5). Wie dort bereits dargelegt, ist dem MEKUN auch darin zuzustimmen, dass negative Auswirkungen auf andere Tierarten (Kleinsäuger, Amphibien) durch eine längere Standzeit der Schutzzäune nicht ersichtlich oder jedenfalls abwendbar sind.

Weitere zunächst geäußerte Bedenken des MEKUN greifen nach summarischer Prüfung nicht durch. So liegt eine unzureichende Kompensation der geschützten Biotope nicht vor; allenfalls sind hier Formulierungen in den Unterlagen missverständlich. Auch die Kompensation der Naturwaldflächen ist, differenziert nach Betroffenheiten, in anderen Bilanzierungstabellen inbegriffen. Tabelle 50 beinhaltet lediglich Naturwaldflächen.

Für das im Naturschutzgebiet „Sielbektal, Kreuzkamper Seenlandschaft und umliegende Wälder“ (Landesverordnung v. 11.08.2015, GVBl. S-H v. 24.09.2015, S. 330) zu errichtende Provisorium sind Eingriffe in Knicks notwendig. Auch wenn diese nur temporär stattfinden und zudem reversibel sind, liegen mit dem vorzeitigen Knicken und den Knickverlegungen objektiv Verstöße gegen die Verbotsatbestände des § 4 Abs. 1 S. 2 Nr. 1, 3, 11, 12 und 19 der Verordnung vor. Nach deren § 6 Abs. 4 S. 1 können von den Verboten nach Maßgabe des § 67 Abs. 1 oder 2 BNatSchG jedoch Befreiungen gewährt werden.

Deren Voraussetzungen nach Absatz 1 S. 1 Nr. 1 der Vorschrift liegen aller Voraussicht nach hier vor, weil an der Durchführung des Vorhabens nach dem seit dem 29.12.2023 geltenden § 43 Abs. 3a S. 1 EnWG i.d.F. v. 22.12.2023 (BGBl. I Nr. 405) sowie nach § 1 Abs. 1 S. 2 BBPIG ein „überragendes öffentliches Interesse“ besteht. Der Eingriff in das Naturschutzgebiet ist zwar ebenfalls nicht unbedeutend, hat demgegenüber aber ein geringeres Gewicht, auch weil er vergleichsweise geringfügig und reversibel ist. Bis die Stromversorgung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, soll nach § 43 Abs. 3a S. 2 EnWG i.d.F. v. 22.12.2023 (BGBl. I Nr. 405) der beschleunigte Ausbau der Hochspannungsleitungen nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 4 der Vorschrift und der für den Betrieb notwendigen Anlagen als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführende Schutzgüterabwägung eingebracht werden. Dies erhöht an dieser Stelle zusätzlich das Gewicht der für eine Befreiung sprechenden Gesichtspunkte.

Im Zuge einer Benehmensherstellung mit der Obersten Naturschutzbehörde zu der Zulassung des vorzeitigen Baubeginns hat das MEKUN mit Stellungnahme

vom 12.01.2024 in Aussicht gestellt, dass zu den in den Planunterlagen vorgesehenen Kompensationsmaßnahmen ein Einvernehmen nach § 17 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. § 11 LNatSchG erteilt werden kann.

c) Berechtigtes oder öffentliches Interesse an der Zulassung des vorzeitigen Baubeginns

Diese nach § 44c Abs. 1 S. 1 Nr. 2 EnWG bestehende Voraussetzung liegt in beiden Alternativen vor.

aa) Berechtigtes und öffentliches Interesse für die beiden Vorhaben (allgemein)

Das „öffentliche Interesse“ an einer zeitlich größtmöglichen Beschleunigung des Verfahrens besteht bei den Vorhaben des Bundesbedarfsplangesetzes - BBPlG - bereits generell für alle Teile der Projekte. § 1 Abs. 1 S. 1 BBPlG spricht von einem vordringlichen Bedarf für die in der Anlage zu dieser Vorschrift aufgeführten Vorhaben, hier Nr. 42 für die 380-kV-Höchstspannungsleitung. Nach § 1 Abs. 1 S. 2 BBPlG ist deren Realisierung „aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich“. Dies wird wortgleich nunmehr auch von dem seit dem 29.12.2023 geltenden § 43 Abs. 3a S. 1 EnWG i.d.F. v. 22.12.2023 (aaO.) aufgenommen. Diese Projekte dienen in besonderer Weise der Realisierung der Energiewende; sie sind per se eilig, dringlich und unaufschiebbar. Das überragende öffentliche Interesse besteht nach § 14d Abs. 10 EnWG ebenso für die 110-kV-Leitungen der weiteren Vorhabenträgerin sowie nach § 2 S. 1 EEG für die anzuschließenden Nebenanlagen.

Weiterhin haben auch die Vorhabenträgerinnen ihrerseits ein „berechtigtes Interesse“ an der Beschleunigung. Dafür genügt jedes verständige, durch die besondere Sachlage gerechtfertigte Interesse an einer zeitlichen Beschleunigung (BT-Drs. 19/7375, S. 64). Die TenneT TSO GmbH ist zum bedarfsgerechten Ausbau des Übertragungsnetzes verpflichtet. Dazu gehört auch die Errichtung Ostküstenleitung. Der im Netzentwicklungsplan vorgesehene Fertigstellungstermin Anfang 2026 muss auch im Interesse der Versorgungssicherheit eingehalten werden können. Das berechtigte Interesse der Schleswig-Holstein Netz AG besteht darin, durch Mitnahme der 110-kV-Leitung auf den Masten der 380-kV-Leitung Kosten zu sparen und gleichzeitig die landschafts- und damit umweltverträglichste Variante für ihre Leitung umzusetzen. Beide Vorhaben müssen damit zeitgleich umgesetzt werden.

bb) Dringlichkeit der jeweiligen einzelnen Maßnahmen

Die Dringlichkeit besteht im Übrigen auch für die einzelnen Bestandteile des Vorhabens:

(1) Ausholungen (A. I. 1., 2. und 3.)

Der Leitungsabschnitt soll Anfang Januar 2026 in Betrieb gehen, um die erforderliche Übertragungskapazität in Schleswig-Holstein und von dort in Richtung Süden zu erhöhen. Aus dem absehbaren Bauablauf ergibt sich, dass dies nur bei vorzeitiger Umsetzung der beantragten Maßnahmen möglich sein wird. Die einzelnen Arbeitsschritte sind u.a. von den jahreszeitlichen Bedingungen und den artenschutzrechtlichen Bauzeitenbeschränkungen abhängig. Besonders für den vorliegenden Abschnitt sind Abstimmungen mit dem Betreiber des Baltic Cables notwendig, um den Aufbau und die Einbindung der Provisorien frühestmöglich mit dem einmal jährlich stattfindenden Revisionstermin zu synchronisieren. Der findet regelmäßig im Spätsommer zu Beginn der Herbststürme statt. Zu dieser Zeit wird sehr viel Strom mit Windenergieanlagen produziert, der noch nicht weitertransportiert werden kann. Das führt zu Abschaltungen des Baltic Cables, das zeitgleich für Revisionen genutzt werden kann. Die Abschaltungen müssen mit anderen angeschlossenen Netzbetreibern abgestimmt werden, was viele Monate im Voraus organisiert werden muss. So ist auch derzeit schon der Abschalttermin im Herbst 2024 abgestimmt. Dann soll auch die LH-13-117 mit Hilfe von Provisorien teilweise überbrückt werden. Diese müssen vorher errichtet werden.

Dafür müssen Ausholungsmaßnahmen zur Baufeldfreimachung durchgeführt werden. Diese können nur innerhalb der Hiebperiode stattfinden, also vor dem 1. März 2024. Dann wird der Planfeststellungsbeschluss voraussichtlich aber noch nicht vorliegen.

Da im beantragten Bereich durchgehend Gehölzbrüter vorkommen, bestehen hinsichtlich der erforderlichen Knickverschiebungen und Gehölzrodungen erhebliche zeitliche Einschränkungen. Auch Fledermäuse können betroffen sein, die bei Fällungen zwischen Frühjahr und Herbst geschädigt würden (s. LBP-Maßnahmenblatt VAr2 und VAr6 (Anlage 08.02.01 i.d.F. 1. Planänderung v. 01.06.2023)). Nur über einen frühzeitigen Gehölzrückschnitt kann ein Leitungsbau im Jahr 2024 sichergestellt werden. Wenn die Ausholung erst in der Hiebperiode 2024/2025 vorgenommen würde, könnten die Arbeiten zur Errichtung des Provisoriums frühestens ab Dezember 2024 aufgenommen werden. Damit könnte der Schalttermin im Herbst 2024 nicht genutzt werden, womit ein kontinuierlicher Baubetrieb ab Erteilung des Planfeststellungsbeschlusses nicht realisierbar wäre und die Inbetriebnahme Anfang 2026 in Frage stünde.

(2) Vergrämnungsmaßnahmen (A. I. 4.)

Zur Vermeidung von Konflikten mit bodenbrütenden Arten des Offenlands müssen die beantragten Maßnahmen so rechtzeitig durchgeführt werden, dass zu Beginn der Aktivitätszeit der Offenlandbrüter, nämlich vom 1. März 2024 an, diese Flächen nicht zur Brut genutzt werden. Nur dann kann nach dem voraussichtlichen Erlass des Planfeststellungsbeschlusses im 2. Quartal 2024 mit der Baustelleneinrichtung begonnen werden. Andernfalls droht der zuvor schon dargestellte Verzug.

(3) Schutzzäune allgemein (A. I. 5.)

Derartige Zäune müssen zur Vermeidung von Vegetationsschäden sowie von artenschutzrechtlichen Konflikten mit Amphibien im Bereich des Mastes 9N (LH-13-115) so rechtzeitig errichtet werden, dass auch hier ab dem 1. März 2024 mit der Baustelleneinrichtung begonnen werden kann.

(4) Schutzmaßnahmen für die Zauneidechse (A. I. 6.)

Um artenschutzrechtliche Konflikte mit Zauneidechsen zu vermeiden, müssen die beantragten Maßnahmen (Abfangen und Umsetzen) so rechtzeitig ausgeführt werden, dass nach dem Erhalt eines Planfeststellungsbeschlusses, spätestens im Sommer 2024 mit der Baustelleneinrichtung begonnen werden kann. Mit dem Abfangen muss aufgrund der Lebensgewohnheiten der Art im Frühjahr 2024 begonnen werden. Da dies andernfalls erst im Frühjahr 2025, also ein Jahr später, geschehen dürfte, entstünde ein erheblicher Verzug. Ein kontinuierlicher Baubetrieb ab Erlass des Planfeststellungsbeschlusses und die Inbetriebnahme Anfang 2026 wären nicht mehr realisierbar.

(5) Archäologische Vorkehrungen

Sollten – wider Erwarten – bei der Bauaufeldfreimachung archäologische Funde gemacht werden, müssen diese bereits im Vorfeld untersucht werden. Da eine Bergung, Erhaltung und ggf. Dokumentation der Fundstücke sehr zeitintensiv sein kann, wird durch die Einbeziehung in den vorzeitigen Baubeginn ein Verzug im weiteren Bauablauf vermieden.

d) Reversibilität der Maßnahmen

Nach § 44c Abs. 1 S. 1 Nr. 3 EnWG darf der Vorhabenträger nur Maßnahmen durchführen, die reversibel sind. Nach Satz 3 ist dies der Fall, wenn ein im Wesentlichen gleichartiger Zustand hergestellt werden kann und die hierfür notwendigen Maßnahmen in einem angemessenen Zeitraum umgesetzt werden können. Ausnahmsweise können nach Satz 4 auch irreversible Maßnahmen zugelassen werden, wenn sie nur wirtschaftliche Schäden verursachen und für diese Schäden eine Entschädigung in Geld geleistet wird.

Alle beantragten Maßnahmen sind danach reversibel.

aa) Ausholungen

Dies gilt zunächst für die Rodung von Gehölzen, die einer der Hauptanwendungsfälle des § 44c EnWG ist (BT-Drs. 19/7375, S. 64), einschließlich der betroffenen Bäume.

Letztere werfen bei der relativ langen Wiederaufwuchszeit ein Problem bei der Frage auf, welcher Zeitraum hier noch als „angemessen“ im gesetzlichen Sinne angesehen kann.

Hier ist zu berücksichtigen, dass es dafür keine schematischen Anhaltspunkte gibt. Mit der Einfügung des Satzes 3 in den Absatz 2 des EnWG mit Änderungsgesetz v. 08.10.2022 (BGBl. I, 1726) wollte der Gesetzgeber der Behörde für die Beurteilung der Angemessenheit des Zeitraums besonders bei wichtigen Projekten einen größeren Entscheidungsspielraum einräumen (vgl. etwa BeckOK EnWG/Hermeier/Kalinna § 44c Rn. 32: „Hinsichtlich des zeitlichen Zusammenhangs führt der Gesetzgeber aus, dass bei Vorhaben, deren Realisierung aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist, auch längere Aufwuchs- und Entwicklungszeiten grundsätzlich als angemessen anzusehen seien; dies könne jedoch bei besonders wertvollen, sehr langsam wachsenden Bäumen (...) nicht der Fall sein“).

Welcher Zeitraum als angemessen anzusehen ist, richtet sich also einerseits nach der Bedeutung des Vorhabens und andererseits nach der ökologischen Bedeutung der Bäume oder des Waldes. Diese Belange sind gegeneinander abzuwägen. Bei Vorhaben wie den vorliegenden, deren Realisierung im überragenden öffentlichen Interesse liegen, können damit auch längere Aufwuchs- und Entwicklungszeiten als angemessen angesehen werden (BT-Drs. 20/3497, S. 40). Das gilt besonders dann, wenn die betroffenen Wälder oder Baumgruppen wirtschaftlich genutzt werden und keine besondere ökologische Bedeutung haben wie etwa regelmäßig Fichtenmonokulturen. In Wirtschaftswäldern wird man, anders als bei vollständig naturbelassenem Wald, die Abholzung von Forst wegen der planmäßig stattfindenden Rodungen, Veränderungen und Wiederaufforstungen grundsätzlich als reversibel ansehen können. (BT-Drs. 20/2402, S. 46). Als eher langsam wachsend und daher besonders wertvoll sind in der Gesetzesbegründung etwa Buchen hervorgehoben – zutreffen wird dies ebenso auf bekanntermaßen langsam wachsende Eichen.

Dies zugrunde gelegt, sind die gestatteten Ausholungen reversibel. Wie schon ausgeführt, liegen die Vorhaben nach dem aktuell geltenden § 43 Abs. 3(a) S. 1 EnWG i.d.F. v. 22.12.2023 und § 1 Abs. 1 BBPlG sowie § 14d Abs. 10 EnWG im überragenden öffentlichen Interesse. Die betroffenen Gehölz- und Waldbestände weisen dagegen keine besondere naturschutzfachliche Schutzwürdigkeit auf. So stellen sie keinen gesetzlich geschützten Biotop oder Lebensraumtyp dar, liegen nicht in einem Naturschutzgebiet und weisen keinen Naturwaldstatus auf. Zum

Teil befinden sie sich in der Trasse der Bestandsleitung und unterliegen den laufenden Wirkungen der Pflege (etwa durch Entnahmen und Kürzungen ihrer Wuchshöhe). Damit sind sie kein naturbelassener Waldbestand. Die Bäume im sonstigen Laubwald bei den Bestandsmasten Nr. 6, 7 und 8 haben daher auch geringe Größen. Im Bereich des Knicks im Wald (HWw) sind zwar einzelne größere Eichen betroffen. Diese sind jedoch im Bestandsstreifen belegen und werden in absehbarer Zeit eine leitungsgefährdende Größe erreichen, so dass sie – nach Aussage des Leitungsnetzbetreibers – deshalb gekappt werden müssten. Trotz ihres grundsätzlichen Wertes aufgrund des erreichten Stammumfanges bei einer eher langsam wachsenden Baumart wie der Eiche ist ihre Schutzwürdigkeit bzw. Vitalität hier aufgrund der in absehbarer Zeit sowieso anstehenden Kappung bzw. wiederkehrender Pflegemaßnahmen der Leitungsnetzbetreiber herabgesetzt, so dass sie ausnahmsweise in der Abwägung der Angemessenheit der vorzeitigen Entnahme mit einer geringeren Gewichtung zu belegen sind. Bei dem an den Schutzstreifen angrenzenden Wald handelt es sich um Wirtschaftswald mit laufender forstlicher Bewirtschaftung. Die Eingriffe sind wegen ihrer geringen Flächeninanspruchnahme und aufgrund der Entnahme weniger älterer Bäume nicht bedeutsam. Somit bleibt der dort vorhandene und angrenzende Biotoptyp Laubmischwald nach der Entnahme in seiner Funktion bestehen. Auch besitzen die zu entnehmenden Einzelbäume in diesem Waldbereich noch keine herausragenden ökologischen Funktionen. Entsprechend stellen sie keine Höhlenbäume (z.B. für Fledermäuse) oder Habitate (z.B. für holzbewohnende Käferarten) dar. Auch forstwirtschaftlich sind die Bäume im Schutzbereich wegen der stattfindenden Kappungen wenig bedeutsam. Zusätzlich wird den Vorhabenträgerinnen aufgegeben, die in A. I. 3 Nr. 9 aufgezählten zu fällenden Bäume mit größerem Stammumfang als Totholz im Nahbereich zu belassen, so dass eine Funktion biologischer Vielfalt längerfristig und über Jahrzehnte aufrechterhalten würde. Ein verbleibender, in die Beurteilung des angemessenen Zeitraums einzustellender Funktionsverlust durch die vorzeitige Fällung der Bäume wird hierdurch zusätzlich abgemildert.

Südlich des Laubwalds ist bei den Bestandsmasten 5 und 6 Fichtenbestand prägend. Dies spricht für Reversibilität, weil Fichtenbestände eher schnell wachsen. Hinzu kommt, dass großflächige Rodungen nicht vorgenommen werden sollen. Vielmehr werden in begrenztem Umfang nur einzelne Bäume entnommen. Die Veränderungen sind insoweit mit einer regulären forstlichen Bewirtschaftung vergleichbar.

Die vier Fichten bei der Zuwegung zu Bestandmast Nr. 5 haben mit 2,20 bis 2,40 m allerdings einen relativ großen Stammumfang. In vergleichbarer Verwaltungspraxis ist eine Überschreitung des Umfangs von 2 m bisher gelegentlich als gewichtiges Indiz für eine unangemessen lange Wiederaufwuchszeit angesehen worden. Unter Berücksichtigung der dargelegten gesetzgeberischen Motive für die Einfügung des Satzes 3 in § 44c Absatz 1 EnWG kann dieses Maß zwar nach wie vor ein Anhaltspunkt sein, ist aber bei der gebotenen Abwägung nur einer

von mehreren zu berücksichtigenden Gesichtspunkten. In dieser Abwägung überwiegen hier die für eine noch gegebene Angemessenheit sprechenden Kriterien (insbesondere Vergleichbarkeit mit sonstiger forstlicher Bewirtschaftung, die ebenfalls zur Entnahme größerer und damit gut verwertbarer Exemplare führen kann).

Es wird darauf hingewiesen, dass mit dieser Einschätzung im Einzelfall keine Präjudizwirkung etwa für alle Bäume mit einem größeren Stammumfang als 2 m verbunden ist. So hat etwa die Oberste Naturschutzbehörde mit ihrer Stellungnahme vom 12.01.2024 im Rahmen einer Benehmensherstellung für die konkrete Zulassung des vorgezogenen Baubeginns darauf hingewiesen, dass für Bäume mit größeren Stammumfängen als 2 m, deren Entwicklungszeit mehr als 25 Jahre beträgt und damit mehr als einer Generation entspricht, bei einer rein naturschutzfachlichen Betrachtung eine Reversibilität schwerlich anzunehmen wäre. Das MEKUN vertritt die Ansicht, dass die Möglichkeit einer Zulassung eines vorzeitigen Baubeginns in einem solchen Fall nur nach § 44 Abs. 1 S. 4 EnWG bestünde und hat gleichzeitig mitgeteilt, dass sie dies für die beantragte Maßnahme für berechtigt halten. Da es um eine Abwägung geht, ist nach Ansicht der Planfeststellungsbehörde für die Beurteilung der Reversibilität zu entscheiden, wie bedeutsam die konkret beantragten Maßnahmen und wie bedeutsam die jeweiligen Eingriffe in die Natur sind. Damit wird notwendig eine Einzelfallentscheidung getroffen, bei der es insbesondere auf den ökologischen Wert der durch die Maßnahmen betroffenen Flächen ankommt (Kloidt in Bourwieg/Hellermann/Hermes, EnWG, 4. Aufl. 2023, § 44c Rn. 26). Dieser wird durch die bisherige Funktion der zu beseitigenden Bäume und durch die im Hinblick auf die ökologische Funktion verbleibende Gesamtsituation nach einer Beseitigung mitbestimmt. In anders strukturierten Wäldern als hier und bei anderen Maßnahmen kann die Entscheidung damit auch anders ausfallen.

Sollte man bei Letzterem zu einem anderen Ergebnis kommen und Irreversibilität annehmen, wäre hier jedenfalls der Ausnahmetatbestand des § 44c Abs. 1 S. 4 EnWG erfüllt. Darauf weisen die Vorhabenträgerinnen in ihrem Antrag zutreffend hin und hiervon ist – wie bereits angesprochen – auch die Oberste Naturschutzbehörde ausgegangen.

Soweit die Ausholungsarbeiten im Bereich der Knicks geplant sind, handelt es sich um die Entnahme weniger Überhälter, die nicht das Landschaftsbild bestimmen. Damit kann von einem überschaubaren Aufwuchszeitraum ausgegangen werden.

Auch auf den Ausgleichsflächen, auf denen vereinzelt Bäume und Gehölzgruppen wie Weißdorn oder Schlehe gefällt werden, kann in angemessener Zeit ein Wiederaufwuchs stattfinden. Auf ihnen ist als einziger Waldbiototyp Pionierwald vorhanden. Zum Auslichten werden nur junge Bäume entnommen. Eine flächige Rodung oder Entnahme besonders wertvoller Einzelbäume findet dort nicht statt.

bb) Maßnahmen zum Schutz der Zauneidechsen

Auch diese sind reversibel, weil die Ausgleichshabitate innerhalb des von der Art natürlich besiedelten Lebensraums liegen. Die Baueinrichtungsflächen, aus denen abgefangen wird, bleiben zunächst bestehen und können von der vorhandenen Teilpopulation aus den umgebenden Flächen wiederbesiedelt werden.

In diesem Zusammenhang gilt weiter, dass auch abgetragener Oberboden im Rahmen der Offenbodenstellen für die Eiablage der Zauneidechsen bei Nichtergehen des Planfeststellungsbeschlusses wieder verfüllt werden kann. Hier sind nur kleinflächige und oberflächliche Bereiche betroffen.

Auch die Versteckmöglichkeiten der Zauneidechsen wie Stein- oder Holzhaufen können in kurzer Zeit wieder entfernt werden.

Auch die Herstellung der vorgesehenen Ausgleichsflächen ist damit reversibel.

cc) Übrige zugelassene Maßnahmen

Die Knickverschiebungen führen nach erfolgter Durchführung zu einem im Sinne von § 44c Abs. 1 S.3 EnWG im Wesentlichen gleichartigen Zustand wie zuvor. Das versteht sich für die Entfernung der aufgestellten Schutzzäune von selbst. Die zum Schutz der Offenlandbrüter und ihrer Brut durchgeführte Vergrämung schließlich ist eine Maßnahme, die wiederherstellungsbedürftige Beeinträchtigungen des Brutgeschehens nicht hervorruft, sondern im Gegenteil vermeidet.

e) Verpflichtung der Vorhabenträgerinnen

Nach § 44c Abs. 1 S. 1 Nr. 4 a) EnWG ist schließlich erforderlich, dass der Vorhabenträger sich verpflichtet, alle Schäden zu ersetzen, die bis zur Entscheidung im Planfeststellungsverfahren durch die Maßnahmen verursacht worden sind. Nach Nr. 4 b) besteht die Verpflichtung, einen im Wesentlichen gleichartigen Zustand herzustellen, wenn der beantragte Planfeststellungsbeschluss nicht erlassen wird

Diese Erklärung haben die Vorhabenträgerinnen in ihrem Antrag auf Zulassung des vorzeitigen Baubeginns abgegeben.

Auch haben die Vorhabenträgerinnen sich auf Nachfrage der Planfeststellungsbehörde durch eine bestätigende Mail verpflichtet, eine Kompensation für temporäre Eingriffe zu erbringen.

Die Leistung einer Sicherheit nach § 44c Abs. 2 S. 1 EnWG ist nicht erforderlich. Die ausreichende finanzielle Ausstattung der Vorhabenträgerinnen unterliegt keinem Zweifel.

2. Begründung der Kostenentscheidung

Die Vorhabenträgerinnen haben als Antragstellerinnen gemäß §§ 1 und 13 des Verwaltungskostengesetzes SH (VwKostG)² die Kosten des Planfeststellungsverfahrens zu tragen. Kosten sind Gebühren und Auslagen.

Eine Auferlegung von Gebühren findet für die hier ausgesprochene Zulassung des vorzeitigen Baubeginns nach § 44c EnWG nicht statt, da für diese von den Vorhabenträgerinnen beantragte Amtshandlung des MEKUN – AfPE – nach §§ 1 ff., 13 VwKostG i. V. m. § 1 der Landesverordnung über Verwaltungsgebühren (VwGebV SH 2018)³ eine gesonderte Tarifstelle des allgemeinen Gebührentarifs (Anlage zur VwGebV SH 2018) nicht vorgesehen ist. Die Kosten der vorzeitigen Zulassung sind daher mit den für einen späteren Planfeststellungsbeschluss oder einen anderen Verfahrensabschluss zu entrichtenden Kosten abgedeckt und werden erst in späteren verfahrensabschließenden Entscheidungen festgesetzt.

Die Vorhabenträgerinnen haben jedoch nach §§ 1, 10 und 13 VwKostG sämtliche im Zusammenhang mit der Durchführung des Planfeststellungsverfahrens notwendig werdenden Auslagen zu erstatten, sodass diese Auslagenerstattung bereits festgesetzt werden konnte.

Die Festsetzung eines konkreten Betrages etwaiger Auslagen erfolgt mit gesondertem Kostenbescheid.

² Verwaltungskostengesetz des Landes Schleswig-Holstein vom 17. Januar 1974, zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 17.03.2022, GVOBl. Schl.-H., S. 301.

³ Landesverordnung über Verwaltungsgebühren (Verwaltungsgebührenverordnung – VerwGebVO) vom 26. September 2018, GVOBl. Schl.-H., S. 476.

C. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen die Zulassung des vorzeitigen Baubeginns gemäß § 44c EnWG kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden.

Die Klage ist beim

Bundesverwaltungsgericht

Simsonplatz 1

04107 Leipzig

zu erheben.

Die Klage hat keine aufschiebende Wirkung. Der Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Klage gem. § 80 Abs. 5 S. 1 VwGO kann nur innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Bescheides beim

Bundesverwaltungsgericht

gestellt und begründet werden. Gemäß § 80 Abs. 7 VwGO können auch spätere Anträge zulässig sein.

Folgende **Anhänge** sind Bestandteil dieses Bescheides:

Anhang 1 Übersichtspläne

Anhang 2 (Betroffene Flurstücke)

Anhang 3 (Erläuterungen Zauneidechse, außer Kap. 3 „Ausnahme“)

Anhang 4 (Bauzeitentabelle)

Anhang 5 (Betroffene Gehölze)

**Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur
– Amt für Planfeststellung Energie –**

AfPE L-667-PFV 380-kV-Ltg Lübeck - UW Siems

Kiel, den 12.01.2024

gez. D. Hansen

Die Übereinstimmung dieser Beschluss-
ausfertigung mit der Urschrift wird beglaubigt.

Kiel, den 15.01.2024